

Benjamin Höhne | Daniel Hellmann

DIE FREIEN DEMOKRATEN

Comeback der FDP mit neuer Mannschaft,
Mit-Mach-Organisation und Mut-Mach-
Liberalismus.



DIE FREIEN DEMOKRATEN

Comeback der FDP mit neuer Mannschaft, Mit-Mach-Organisation und Mut-Mach-Liberalismus.

Benjamin Höhne | Daniel Hellmann

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Urheber:
Benjamin Höhne | Daniel Hellmann

Herausgeberin:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2017, Sankt Augustin/Berlin



*Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von
„Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)*

*Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln
Satz: workstation, Niederkassel
Umschlagfoto: Juliane Liebers, Konrad-Adenauer-Stiftung.
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-95721-344-0

INHALT

5		DAS WICHTIGSTE KOMPAKT	
7		EINE APO-PARTEI AUF MODERNISIERUNGSKURS	
13		NEUE WÄHLERANSPRACHE: STEINIGER WIEDERAUFSTIEG AUF DER LANDESEBENE	
		■ Europawahl 2014: Erneutes Wahldesaster	13
		■ Desaströses Wahljahr 2014 im Osten.....	14
		■ Vorsichtiger Wiederaufstieg der neuen Freidemokraten .	17
		■ Durchwachsen erfolgreiche Wahljahre 2016 und 2017 ..	19
33		PERSONELLE NEUAUFSTELLUNG: MIT ALTEN ZÖPFEN UND NEUEN KÖPFEN IN DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF	
		■ Die Spitzenteams der sechzehn Landeslisten	34
		■ Das aussichtsreiche Personal zur Bundestagswahl 2017.	38
47		ORGANISATORISCHE NEUAUFSTELLUNG: RE-PROFESSIONALISIERUNG UND PARTIZIPATIONS- AUSBAU IN EINER HONORATIORENPARTEI	
57		PROGRAMMATISCHE NEUAUFSTELLUNG: LIBERALISMUS, DER MUT MACHEN SOLL	
63		HAPPY END AUF DER OPPOSITIONSBANK?	
71		QUELLEN	
91		ABKÜRZUNGEN	
93		DIE AUTOREN	
93		ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

DAS WICHTIGSTE KOMPAKT

- *Neue Wähleransprache:* Seit 2015 ist die FDP wieder im Aufwind. Im Westen der Bundesrepublik gelang bis auf das Saarland die Rückkehr in die Landtage, im Osten dagegen – mit Ausnahme von Berlin – in kein einziges Parlament. Mit Blick auf die Bundestagswahl am 24. September 2017 besteht eine Chance zum Wiedereinzug in den Bundestag darin, dass sich die FDP als eine Art regenerierte Alternative zu den Bundestagsparteien präsentiert – bei enttäuschten bürgerlichen Wählerinnen und Wählern, denen die AfD gesellschaftspolitisch zu ‚rechts‘ und wirtschaftspolitisch zu profillos ist, sogar als Protestwahloption. Langfristig gesehen hat die dezimierte Stammwählerschaft der FDP den Effekt, dass sich die Partei von Wahl zu Wahl wiederkehrend um potentielle Wählerinnen und Wähler bemühen, jene möglichst an sich binden und stets personell, organisatorisch und programmatisch ‚mit der Zeit gehen‘ muss.
- *Personelle Neuaufstellung:* Mit einer Mischung aus neuem und erfahrener Personal, vervollkommenet durch den einen oder anderen Seiteneinsteiger auf einem aussichtsreichen Listenplatz, verkörpert man zum einen den Willen zum Neuanfang, zum anderen den zur Personalisierung der Wahlkampagne 2017. Die frühere erste Garde liberaler Granden ist vielerorts neuen Gesichtern gewichen bzw. wurde – wo der Verzicht nicht von selbst geschah – vereinzelt sogar abgewählt. Im Durchschnitt sind die mehrheitlich männlich-

chen Kandidaten Mitte 40 und rekrutieren sich primär aus den Berufsgruppen, die der FDP traditionell nahestehen, das heißt Selbständige, Freiberufler und Angestellte. Damit repräsentieren jene Wahlbewerber die FDP-affine Wählerschaft. Frauen bleiben abgesehen von einer gestiegenen Zahl an Spitzenkandidatinnen auf den Landeslisten auch bei den erneuerten Freien Demokraten in der Minderheit.

- *Organisatorische Neuaufstellung:* Die vom Parteivorsitzenden Christian Lindner initiierten und durchgesetzten Sparmaßnahmen sind weitgehend erfolgreich. Der Bundesvorsitzende hat breiten innerparteilichen Rückhalt. Partizipationsangebote zur Mitgestaltung der innerparteilichen Willensbildung wurden ausgeweitet. Inwieweit sie genutzt werden und zur Vitalisierung des innerparteilichen Lebens einer Partei beitragen, die traditionell Züge einer Honoratiorenpartei aufweist, ist noch offen. Erwartungen an die Mit-Mach-Organisation sollten jedoch nicht zu hochgesteckt werden. Neue Mitglieder wird die Partei deswegen kaum gewinnen können. Dies kann schon eher – zumindest kurzfristig – mit einer jungen, frechen und provokanten Kampagnenführung im Pop-Art-Stil gelingen, wie sie bei den Landtagswahlkämpfen erprobt wurde.

- *Programmatische Neuaufstellung:* Lindner hat sich verdient darum gemacht, seine Partei für ein breiteres Liberalismusverständnis zu öffnen. Dieses verbindet klassisch liberale Themen wie ein gemäßigter Marktliberalismus mit für die FDP neuen gesellschaftspolitischen Akzentsetzungen, insbesondere in der Bildungspolitik, bei der sie sich in Abkehr ihres bisher föderalismusfreundlichen Kurses für eine Zentralisierung ausspricht. Die Klammer bei der inhaltlichen Neuausrichtung ist ein Politikverständnis, das an den eigenen Gestaltungswillen des Menschen glaubt und ihnen Mut in einer turbulenten Zeit machen will. Parteintern wird dieser Kurs auf breiter Front unterstützt.

EINE APO-PARTEI AUF MODERNISIERUNGSKURS

*„Die Trümmer sind beiseite geräumt,
die Selbstzweifel, alte Rechnungen
und Hofschranzen sind weg –
wer heute zu den Freien Demokraten kommt,
ist Überzeugungstäter.“*

*Christian Linder in einem Interview
mit dem Spiegel Anfang 2015*

Bei der Bundestagswahl 2013 flog die Freie Demokratische Partei mit einem denkbar knappen Zweitstimmenergebnis von 4,8 Prozent erstmals seit 1949 aus dem Deutschen Bundestag. Dies erwischte viele in und außerhalb der Partei kalt, auch weil demoskopische Befragungen, die darauf hingedeutet hatten, dass es knapp werden könnte,¹ und wiederholt klägliche Wahlergebnisse auf Landesebene nicht als Alarmzeichen verstanden worden waren. In neun Landesparlamenten waren die Liberalen an jenem Wahlabend noch vertreten. Bei der am selben Tage wie die Bundestagswahl abgehaltenen Landtagswahl in Hessen hatte die FDP die Fünf-Prozent-Sperrklausel gerade so geschafft. Dagegen war ihr der Wiedereinzug in das bayerische Landesparlament am Sonntag zuvor verwehrt worden.

Die Fallhöhe konnte kaum größer sein. Der Status der Freidemokraten änderte sich gewissermaßen über Nacht von einer Regierungspartei zu einer von vielen außerparlamentarischen Oppositionsparteien – zumindest auf der Bundesebene. Hatten

die Liberalen noch dem zweiten Kabinett von Kanzlerin Angela Merkel angehört (28. Oktober 2009 bis 22. Oktober 2013) und die Position des Vizekanzlers gestellt,² mussten sie nunmehr heilfrohen sein, wenn sie überhaupt noch in ein Parlament gewählt wurden und nicht an einer Sperrklausel scheiterten.

Kann Scheitern eine Chance zum Neubeginn bieten? Nach ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl 2013 ging die FDP seit Anfang 2014 beherzt auf Modernisierungskurs: Die Wähleransprache sollte verbessert und die Partei personell, organisatorisch und programmatisch neu aufgestellt werden. Selbst vor kosmetischen Korrekturen scheute man sich nicht: Seit Anfang 2015 nennt sich die Partei im Beinamen nicht nur anders („Freie Demokraten“, zuvor: „Die Liberalen“), sondern tritt auch mit einem neuen Logo als Symbol der „neuen FDP“³ auf. Dieses kombiniert das traditionelle FDP-gelb – einem auch in anderen Parteien zu beobachtenden Trend folgend – mit einem Magenta-Ton.⁴

Wie wirksam die selbstaufgelegten Neuerungen der FDP sind, wird sich bei der kommenden Bundestagswahl im Herbst 2017 zeigen, wenn das erklärte und allem übergeordnete Ziel eines liberalen Comebacks im Bund („Zurück in den Bundestag!“ oder „Projekt 17“) gelingt oder aber sich die derzeitige Stellung im Parteiensystem als „APO-Partei“⁵ zementiert, als die sich die FDP mit einer Dosis Selbstironie sogar selbst bezeichnet.⁶

Nun sind Existenzängste in der FDP nicht unbekannt. Immer wieder in ihrer im kommenden Jahr siebzigjährigen Geschichte⁷ schienen ihre Bundestagsmandate gefährdet. Richtig knapp wurde es jedoch nur selten. Dramatischer gestaltete sich ihr elektoraler Zuspruch in den Ländern. Dort verzeichnete sie unter anderem in den 1990er Jahren eine Phase, in der die Wählerinnen und Wähler nur zu bereitwillig auf eine Präsenz der Liberalen in den Legislativen verzichteten.⁸ Auf die Misserfolge und Erfolge bei den zwischen der Bundestagswahl 2013 und den im März 2017 abgehaltenen Landtagswahlen, ergänzt um die Europawahl 2014, wird im Kapitel „Neue Wähleransprache“ eingegangen.

Im Anschluss an die Wahlanalyse stellt sich in drei Kapiteln die Frage nach den Weichenstellungen, die die FDP zur Überwindung ihrer in den vergangenen Jahren alles andere als einfachen Situation im deutschen

Parteienwettbewerb vorgenommen hat.⁹ Für die Bestandsaufnahme des Ist-Zustands einer Partei, die neben der AfD eine realistische Chance hat, dem nächsten Bundestag anzugehören, wird das Personaltableau, die Organisation und die Programmatik, mit der die FDP in den Bundestagswahlkampf zieht, analysiert.¹⁰ Damit stehen drei herausragende Aspekte des Binnenlebens der Partei im Mittelpunkt, die zugleich Erfolgsfaktoren für deren Bestehen im Wettbewerb mit den Konkurrenten sind.

Das Kapitel zur „Personellen Neuaufstellung“ befasst sich mit dem amtierenden Spitzenpersonal der Liberalen. Ist der Bundesvorsitzende Christian Lindner noch relativ bekannt und medial – immerhin ab und an – sichtbar, lässt sich dies nur über die wenigsten seiner Mitstreiter sagen; am ehesten noch über Wolfgang Kubicki, einer seiner drei Stellvertreter und Parteichef in Schleswig-Holstein. Wie mächtig Lindner beim Personalmanagement seiner Partei ist, ist auch daran zu erkennen, dass er es vermag, ‚seine Leute‘ bzw. Parteimitglieder, die seinen personalpolitischen Vorstellungen entsprechen, auf den aussichtsreichen Listenplätzen zur Bundestagswahl am 24. September 2017 als Kandidatinnen und Kandidaten in Stellung zu bringen bzw. deren Kandidaturen zu befördern. Dementsprechend wird dokumentiert, mit welchen Personen die FDP-Landesverbände ins Rennen gehen. Wie entscheidend diese Personalfragen für die Zukunft der Liberalen sind, liegt auf der Hand: Das allem übergeordnete Ziel des Comebacks im Bund steht und fällt nicht zuletzt mit vorzeigbaren Wahlbewerbern.

Im Kapitel über die „Organisatorische Neuaufstellung“ wird nachgezeichnet, wie sich die Parteiorganisation seit ihrer Wahlschlappe 2013 entwickelt hat und welche Neuerungen ergriffen wurden, insbesondere bei der Ausgestaltung der innerparteilichen Willensbildung. Nach dem Austritt aus dem Bundestag setzte eine Phase der De-Professionalisierung ein. Die Partei musste lernen, ohne ihre Mandate im Bund und das daran geknüpfte Personal sowie die finanziellen Mittel auszukommen. Die Mitarbeiter standen nicht nur der Bundestagsfraktion, sondern auch in den Abgeordnetenbüros und Wahlkreisen nicht mehr zur Verfügung. Finanzielle Ströme, die mit der Bundestagswahl 2013 unmittelbar oder mittelbar in Verbindung stehen, verringerten sich deutlich (Wahlkampfkostenerstattung) oder versiegten ganz (Mandatsträgerbeiträge). Verstärkt wird der personelle Aderlass durch eine Mitgliederentwicklung, die – wie bei den meisten anderen Parteien auch – in der Tendenz klar nach unten weist.¹¹

Ein weiterer Aspekt der Binnenanalyse ist das in allen Parteien mehr oder minder spannungsreiche Verhältnis erstens zwischen den Landesverbänden untereinander und zweitens zur Zentrale. Einiges spricht dafür, dass zur Beschreibung der Machtverteilung in der FDP von keiner Unterordnung der im deutschen Parteiensystem traditionell autonomen Landesverbände unter den Bundesverband ausgegangen werden sollte.¹² Vielmehr fungiert der mit Abstand mitgliederstärkste Landesverband Nordrhein-Westfalen mit seiner Landtagsfraktion als Kraftzentrum der geschwächten Bundespartei und als Leuchtturm für die anderen Landesverbände, von denen jedoch zunächst nicht alle Lindners Kurs uneingeschränkt Folge geleistet haben.¹³ Auf einem Bundesparteitag geht so gut wie nichts gegen die nordrhein-westfälischen Delegierten, aber beinahe alles mit ihnen zusammen.

Im Kapitel über die „Programmatische Neuaufstellung“ wird die inhaltliche Agenda der Liberalen anhand der im Grundsatzprogramm von 2012, dem 2015 beschlossenen Leitbild, dem im April 2017 vorgestellten Entwurf des Wahlprogramms „Schauen wir nicht länger zu“ und den in sonstigen Papieren verankerten Positionen skizziert. Dabei interessiert besonders, inwiefern die zuvor erläuterte neue Wähleransprache sowie die personelle und organisatorische Neuaufstellung in den vergangenen Jahren Hand in Hand mit inhaltlichen Neuerungen gehen. Oder steckt im Gewand der neuen FDP letztlich doch nur die alte FDP?

Ob Not nicht nur erfinderisch macht, sondern auch zusammenschweißt, wird beim Zusammenwirken der innerparteilichen Gruppierungen bei Programmfragen zu zeigen sein. Einiges deutet darauf hin, dass die in den vergangenen Jahren ohnehin schon geringe innerparteiliche Segmentierung entlang inhaltlicher Konfliktlinien weiter abgenommen hat. Der Richtungsstreit über den Euro scheint endgültig beigelegt. Die Partei gibt sich zumindest in ihrem äußeren Erscheinungsbild geeint wie nie zuvor. Je näher der Wahltermin im September 2017 rückt, desto geschlossener werden die Reihen der Liberalen sein.

Im Kapitel „Happy End auf der Oppositionsbank?“, dem Fazit, wird auf Basis der Erkenntnisse der vorliegenden Studie eine Prognose gewagt, wie sich die personelle, organisatorische, programmatische Modernisierung der FDP und die neue Wähleransprache auf deren Wahlchancen bei der kommenden Bundestagswahl auswirken könnten. Damit wird ein

Aspekt beleuchtet, der nicht nur für die FDP, sondern für das deutsche Parteiensystem insgesamt in der Zeit nach 2017 bedeutsam sein wird.

Die Empirie dieser Studie basiert auf Sekundärdaten bzw. Erkenntnissen aus Publikationen über die FDP in wissenschaftlichen Zeitschriften, Sammelbänden, Monographien, darunter auch eigene Arbeiten aus der Parteiorganisations- und Parteimitgliederforschung,¹⁴ und Parteienmonitoren der Konrad-Adenauer-Stiftung.¹⁵ Primärdaten sind Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters und der Landeswahlleiter, demoskopische Berichte von Meinungsforschungsinstituten, Presseartikel, Programme und interne Papiere der FDP. Ergänzend hinzugezogen wurden Protokolle aus teilnehmenden Beobachtungen auf ausgewählten Landesparteitagen der FDP im Winter 2016 und Frühjahr 2017, die im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17 des Instituts für Parlamentarismusforschung (IParl) angefertigt wurden. Der letzte Bearbeitungsstand ist, soweit nicht anders vermerkt, der 18. Mai 2017.

- 1| *Siehe Faas/Huber 2015. In repräsentativen Sonntagsfragen zu Beginn des Jahres 2017 lag die FDP zwischen 5 und 6 Prozent (siehe ARD-Deutschland-TREND Februar 2017, S. 10; http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer/#_ und <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage>, zuletzt geprüft am 23.02.2017).*
- 2| *Zur weithin glücklosen Regierungspolitik der FDP siehe Jun 2015: 117-129; Becker 2013: 149-155; Jesse 2013: 336-339; Niclaß 2015.*
- 3| *Kelnberg 2015.*
- 4| *Beispielsweise fügte sich der rote Schriftzug der SPD bereits seit 2011 in eine Purpur-Umgebung ein (siehe Zeit online, 02.12.2011).*
- 5| *FDP-Bundespartei 2016: 12.*
- 6| *Am eindrucklichsten haben diese Zuschreibung wohl die Jungen Liberalen mit ihrer APO-Kampagne geprägt (siehe Welt.de 2014).*
- 7| *Gegründet wurde die FDP am 12.12.1948 in Heppenheim an der Bergstraße von 13 liberalen Landesverbänden. Ihr erster Vorsitzender war Theodor Heuss, der von 1949 bis 1959 das Amt des Bundespräsidenten bekleidete. Siehe Vorländer 2013a: 497.*
- 8| *Siehe Decker 2015a: 209.*
- 9| *Vgl. dazu auch Niedermayer 2015a.*
- 10| *Siehe Niedermayer 2016.*
- 11| *Vgl. Jun/Haas/Niedermayer 2008.*

- 12| *Siehe Niedermayer 2015b: 128.*
- 13| *Siehe Höhne 2013; 2015; Höhne/Cronqvist 2010.*
- 14| *Siehe Montag 2013; 2014; 2015a; 2015b; 2016.*
- 15| *Das Institut für Parlamentarismusforschung (IParl) wurde von Suzanne S. Schüttemeyer im April 2016 in Halle an der Saale gegründet. Es wird finanziert von der Stiftung Wissenschaft & Demokratie (SW&D) aus Kiel. In seinem ersten Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17 wird flächendeckend für alle derzeit im Bundestag vertretenen Parteien sowie für FDP und AfD untersucht, wie die Nominierungsverfahren zu Bundestagswahlen gestaltet sind, wer aus welchen Gründen kandidiert, wer auch über die Kandidatur entscheidet und welche Kriterien dabei eine Rolle spielen. Befragt werden die Personen, die für eine Nominierung antreten sowie diejenigen, die die Auswahl treffen, jeweils auf der Wahlkreis- und der Landesebene. Dafür wurden ca. 20.000 vollstandardisierte Fragebögen auf knapp 170 Aufstellungsversammlungen verteilt. Neben der quantitativen Befragung werden Expertengespräche geführt und Beobachtungsprotokolle zu ausgewählten Aufstellungsversammlungen erstellt, aus denen für die vorliegende Studie Daten entnommen wurden.*

NEUE WÄHLERANSPRACHE: STEINIGER WIEDERAUFSTIEG AUF DER LANDESEBENE

Europawahl 2014: Erneutes Wahldesaster

Etwa ein dreiviertel Jahr nach der Bundestagswahl 2013 stand für die FDP die Europawahl am 25. Mai 2014 als nächster bundespolitischer Stimmungstest an. Kurz zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht zuerst die Fünf- und kurz darauf die reformierte Drei-Prozent-Hürde bei Wahlen zum Europäischen Parlament für verfassungswidrig erklärt.¹ Somit fand eine Europawahl erstmals seit 1979 ohne Sperrklausel statt; für die FDP hatte jene zwischen 1984 und 1989 sowie zwischen 1994 und 2004 das Aus in Europa bedeutet. Dass die FDP 2014 an der ‚natürlichen‘ Sperrklausel scheitern könnte, die zwischen 0,4 und 0,7 Prozent liegt, galt als ziemlich unwahrscheinlich. Dennoch dürfte das Wahlergebnis von 3,4 Prozent – immerhin das zweitschlechteste der FDP bei Europawahlen – niemanden in der Partei zufriedengestellt haben. Bei der einzigen bundesweiten Wahl nach der Schicksalswahl 2013 unterbot die FDP ihr Ergebnis aus dem Vorjahr nochmals. Dieses niederschmetternde Resultat fügte sich in den Bundestrend ein, der 2014 scheinbar unaufhaltsam nach unten wies.² Die Anzahl der Europaabgeordneten sank von zwölf auf vier.

EP-Spitzenkandidat war Alexander Graf von Lambsdorff (Jg. 1966). Der Neffe des früheren Bundesinnenministers Otto Graf von Lambsdorff (Jg. 1926, † 2009) sitzt seit 2004 im Europäi-

schen Parlament. 2009 hatte er den zweiten Listenplatz hinter Silvana Koch-Mehrin (Jg. 1970) inne. Während jene 2004 und 2009 noch viel mediale Aufmerksamkeit auf die FDP im Wahlkampf lenken konnte,³ gelang dies Lamsdorff 2014 nicht. Vor seiner Zeit im Europäischen Parlament hatte er als Diplomat gearbeitet. „Das Diplomatische ist ihm geblieben. Lamsdorff tritt verbindlich auf, abwägend, alles Populistische ist ihm fremd“.⁴ Entsprechend schwer fiel es ihm, sich und seiner Partei im Wahlkampf Gehör zu verschaffen.⁵

Gleichzeitig konnte der FDP auf europäischer Ebene ein Auftreten als neue FDP personell weder mit Lamsdorff noch mit den anderen Kandidaten gelingen. Auf den ersten sieben Plätzen fanden sich nur amtierende Europaabgeordnete. Erst danach folgten unbekanntere Gesichter, deren Einzug ins Brüsseler bzw. Straßburger Parlament jedoch schon bei der Aufstellung der Liste unwahrscheinlich war. Programmatisch versuchte man sich vor allem von der AfD abzugrenzen und sich unmissverständlich proeuropäisch zu positionieren. Dies glich einem innerparteilichen Spagat: Auf der einen Seite trat man proeuropäisch auf. Auf der anderen sollte die eurokritische Riege um Frank Schäffler nicht verprellt werden.⁶ Mit eher inhaltsfreien und wenig elanvoll wirkenden Slogans wie „Freies Netz statt Schnüffelei. Das braucht unser Europa“ wurde die erhoffte Aktivierung der Wählerinnen und Wähler nicht erreicht. Auch unter Parteimitgliedern herrschte keine Aufbruchsstimmung.

Wie schwer der FDP die Mobilisierung und Abgrenzung von den anderen Parteien gefallen ist, zeigt ein Blick auf die Wählerwanderung. Sie verlor Stimmen an die AfD, aber auch an Union, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.⁷ Der Zuspruch für die FDP ging in allen Altersklassen und Tätigkeitsgruppen zurück.⁸ Der herbeigesehnte Aufschwung war der FDP 2014 nicht vergönnt.

Desaströses Wahljahr 2014 im Osten

Die neuen Bundesländer sind für die FDP erfahrungsgemäß ein hartes Pflaster.⁹ Seit 1990 war die FDP in den Landtagen von Thüringen und Brandenburg nur neun Jahre vertreten. In Sachsen existierte insgesamt 14 Jahre lang eine Landtagsfraktion. Mit 3,8 Prozent in Sachsen, 2,5 Prozent in Thüringen und 1,5 Prozent in Brandenburg verschwand die FDP 2014 gänzlich aus den ostdeutschen Landtagen. Gleichzeitig schied mit

dem sächsischen Verband auch die letzte Fraktion mit Regierungsverantwortung aus einem Parlament aus.¹⁰

Die ostdeutschen Landesverbände hatten bei den Landtagswahlen im Jahr 2014 überwiegend auf dasselbe Personal wie bereits bei den vorangegangenen Landtagswahlen gesetzt. Unter den aussichtsreichen Listenplätzen¹¹ fand sich bei der sächsischen FDP nur auf Platz 14, dem letzten, der zu einem Mandat geführt hatte, ein neuer Kandidat. Auf den Plätzen 1 bis 13 standen mit leichter Änderung der Reihenfolge dieselben Kandidaten wie fünf Jahre zuvor. Ein ähnliches Bild lässt sich für die Landeslisten in Brandenburg und Thüringen zeichnen. In Thüringen fand sich unter den ersten neun Plätzen kein Kandidat, der nicht auch zur letzten Bundestags- oder Landtagswahl kandidiert hatte. Auch die Spitzenkandidaten blieben mit Holger Zastrow (Jg. 1969) und Uwe Barth (Jg. 1964) dieselben wie 2009. Lediglich Andreas Büttner (Jg. 1973), Fraktionsvorsitzender im brandenburgischen Landtag, löste Hans-Peter Goetz (Jg. 1961) als Spitzenkandidat ab. Somit hing den Listenführern gewissermaßen das Manko an, zu eben jener FDP zu gehören, die man 2013 ‚abgestraft‘ hatte.

Auch die Wahlkampf motive verkörperten keinen Neuanfang, sondern standen teils für eine verblüffende Selbstironie. Deren Zweck war es augenscheinlich, ‚sich ehrlich zu machen‘ oder wenigstens mediale Aufmerksamkeit zu erwecken. Die Slogans lauteten bei der FDP Thüringen zum Beispiel: „Wir sind dann mal weg“ und bei der FDP Brandenburg: „Keine Sau braucht die FDP“. Ebenfalls zu beobachten war eine Absetzbewegung von der Berliner Zentrale, insbesondere bei der FDP Sachsen mit mehrdeutigen Motiven wie „sächsisch stark“ und einem Wahlkampfplakat: „Sachsen ist nicht Berlin!“.¹²

Die Wähler nahmen der FDP das Angebotspaket aus altbekanntem Spitzenpersonal sowie selbstmitleidiger bzw. effekthaschender Ironie nicht ab. Die Wählerwanderung zeigt eine klare Migration von Wählern, die wenige Jahre zuvor noch die Liberalen gewählt hatten. Bei allen drei Landtagswahlen zusammen wechselten insgesamt 40.000 Wähler zur CDU und 46.000 zur AfD. An die anderen Parteien gingen weitere Stimmen verloren; allerdings deutlich weniger. 79.000 ehemalige FDP-Wähler übten sich in Wahlabstinenz.¹³ Die jeweils vorangegangenen drei Landtagswahlen fielen mit dem für die FDP rekordverdächtigem Bundestagswahljahr 2009 zusammen. Entsprechend hoch war die Fallhöhe. Die Ab-

wanderung von der FDP umfasste alle Alters-, Berufs- und Bildungsgruppen. Auch die Kernklientel der Höhergebildeten, Selbständigen und Angestellten hatte den Liberalen den Rücken zugekehrt.

Die Gründe für den Abstieg lagen sicherlich im Bundestrend,¹⁴ aber auch in der versäumten Neuaufstellung der Landesparteien. Die relative landesweite Bekanntheit der Kandidaten, vor allem von Zastrow und Büttner, hatte daran nichts ändern können.¹⁵ Die selbstkritischen Kampagnen in Brandenburg und Thüringen erzeugten zwar das meiste Aufsehen im jeweiligen Wahlkampf,¹⁶ sie konnten dies jedoch nicht in Stimmen ummünzen. Der erfolglose Anti-Berlin-Wahlkampf der sächsischen FDP machte deutlich: Selbst die liberale Kernwählerschaft war nicht nur mit der Bundespartei, sondern auch mit der Landespartei und deren Führungspersonal unzufrieden.

Vorsichtiger Wiederaufstieg der neuen Freien Demokraten

Die Wahlen in Bremen am 10. Mai 2015 und in Hamburg am 15. Februar desselben Jahres waren eine besondere Herausforderung für die FDP, die sie mit Bravour meisterte. Mit 6,6 Prozent schaffte sie den Einzug in die Bremische (mit sechs Abgeordneten) und mit 7,4 Prozent den Verbleib in der Hamburgischen Bürgerschaft (mit weiterhin neun Abgeordneten). In beiden Stadtstaaten steigerte sie ihren Stimmenanteil im Verhältnis zur vorangegangenen Bundestags-, Europa- und Landtagswahl, obwohl beide nicht zu den ‚Safe States‘ der FDP gezählt werden können. Von 1990 bis 2015 gab es in Bremen und Hamburg jeweils nur neun Jahre lang eine FDP-Fraktion. Während die FDP in Hamburg bereits über eine Fraktion in der Bürgerschaft verfügte, musste die FDP in Bremen nach 2011 ohne Mandatsträger in den Landtagswahlkampf ziehen.

Die personellen Weichenstellungen für das Wahlkampfsjahr 2015 sahen anders aus als 2014. Mit Katja Suding (Jg. 1975) und Lencke Steiner (Jg. 1985) traten für die FDP zwei junge Frauen an der Spitze an, die als Nicht-Berufspolitikerinnen einen Neustart zu verkörpern vermochten. Zwar war auch Suding keine gänzliche Neubesetzung als Spitzenkandidatin, aber immerhin hatte ihre Nominierung nicht den Anschein eines alten Weins in neuen Schläuchen.¹⁷ Als sie 2011 die FDP nach sieben Jahren zurück in die Bürgerschaft geführt hatte, wurde sie öffentlich als Newcomerin wahrgenommen. 2006 war sie in die FDP eingetreten. 2009 hatte

sie aussichtslos für den Bundestag kandidiert und 2011 auf Anraten des Landesvorsitzenden Rolf Salo die Spitzenkandidatur zur Bürgerschaftswahl übernommen.¹⁸ Als die FDP in bundesweiten Umfragen in einem Bereich unter der Fünf-Prozent-Hürde rangierte, brach sie in Hamburg den Trend.¹⁹ Neben der bewährten Spitzenkandidatin setzte man auf einen partiellen Personalwechsel. Von den neun Kandidaten, die 2011 für die FDP in die Hamburgische Bürgerschaft eingezogen waren, fanden sich nur noch vier auf der Landesliste des Jahres 2015 wieder.²⁰ Drei Bewerber sind neu auf die Liste gekommen, zwei weitere befanden sich bereits 2011 auf aussichtslosen Plätzen.

In Bremen finden sich zwei neue Gesichter unter den ersten fünf Plätzen. Neben Hauke Hilz (Jg. 1977) als amtierenden Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten in Bremerhaven setzte man auf die Seiteneinsteigerin Lencke Steiner. Steiner trat der FDP erst am Wahlabend bei. Zuvor war sie als Vorsitzende des Bundesverbandes der Jungen Unternehmer und Präsidiumsmitglied des Interessenverbands „Die Familienunternehmer e.V.“ in Erscheinung getreten. Insofern gelang der FDP die Präsentation eines jungen und ‚unverbrauchten‘ Gesichts und zugleich die Verknüpfung mit der Szene der Gründer und Selbständigen, die sich bei den vorangegangenen Wahlen von der FDP abgewandt hatten. Zudem signalisierte man damit eine Offenheit, die wie Christian Lindner feststellte, einige Jahre zuvor noch undenkbar gewesen wäre.²¹

Die Kampagnen der Hamburger und der Bremer FDP blieben inhaltlich relativ unscharf, fokussierten sich aber auf die Personen Suding und Steiner. Dennoch vermochten es die Slogans „Hamburg gibt die Richtung vor“ und „Eine neue Generation Bremen“, sowohl einen optimistischen Grundton als auch den neuen politischen Mitgestaltungsanspruch der Liberalen zu kommunizieren. Gerade das Bremer Wahlkampfmotto signalisierte den Generationen- und Personalwechsel, der den von der FDP versprochenen Wandel glaubwürdig machen sollte.

Ließ Suding sich 2011 noch zusammen mit Koch-Mehrin in leuchtend gelbem Friesennerz ablichten,²² fand 2015 vor allem der Wahlkampfabschluss, zu dem Liberale aus ganz Deutschland zusammengekommen waren, Beachtung.²³ Im Wahlkampf selbst gaben sich die Kandidatinnen in gewisser Weise unkonventionell und provokativ.²⁴

Trotz des personalisierten Wahlkampfes wurde die Person der Spitzenkandidatin nur von etwa einem Fünftel der FDP-Wähler als wahlentscheidend empfunden.²⁵ Dennoch konnten Suding und Steiner jeweils auf hohe Zustimmungswerte verweisen. So war Suding im Zufriedenheitsranking Zweitplatzierte nach Olaf Scholz.²⁶ Immerhin 38 Prozent der am Wahltag Befragten bescheinigten Steiner, einen sympathischen Wahlkampf gemacht zu haben.

Der Wahlerfolg der FDP in den beiden Stadtstaaten stützte sich vor allem auf die Gruppe der Selbständigen, Angestellten und Rentner, obwohl sie auch bei den anderen Beschäftigungsgruppen Stimmenzuwächse zu verzeichnen hatte.²⁸ Gerade bei den jüngeren Alterskohorten vermochten die vergleichsweise jungen Teams aber nicht so recht anzukommen.²⁹

Im Gegensatz zu den Wahlen im Jahr 2014 ließ sich die FDP 2015 nicht mehr so stark zwischen der Union und der AfD aufreißen. Zwar wanderten auf der einen Seite bei beiden Wahlen zusammen etwa 4.500 Wähler zur rechtspopulistischen „Alternative“ ab, aber auf der anderen Seite konnten insgesamt 11.500 ehemalige Wähler der Union wiedergewonnen werden. Auch im linken Spektrum wilderte die FDP und erreichte 4.000 SPD- und in Bremen (nur) 1.500 Grünen-Wähler.

Zusammengefasst kann der Neuaufstellung der FDP Erfolg beschieden werden, wenngleich sie bei den Wahlen im Jahr 2015 nur Teile ihrer bisherigen Wähler zurückgewann. Gelungen ist ihr die Profilierung gegenüber der Union. Die Wanderung von Grünen- und SPD-Wählern hin zur FDP könnte ein Indiz dafür sein, dass die Freidemokraten auch in links-progressiven Gesellschaftskreisen mit ihrem provokanten, frischen Auftreten auf – wenn auch begrenzte – Resonanz stießen. Trotz des elektoralen Reüssierens im Jahr 2015 war die Frage, ob die Bürger der FDP eine ‚zweite Chance‘ einräumen wollen, noch offen. In Bremen und Hamburg votierte jeweils nur die Hälfte der in Meinungsumfragen Befragten dafür, dass die FDP „eine neue Chance verdient“ habe.³¹

Durchwachsen erfolgreiche Wahljahre 2016 und 2017

2016 standen fünf Landtagswahlen an, bei denen die Wahlkampfkonzepte der vorangegangenen Bürgerschaftswahlen in den Flächenländern erprobt werden konnten.³² Am 13. März 2016 wurden die Landtage in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt neu gewählt.

Knapp ein halbes Jahr darauf, am 4. September, folgte Mecklenburg-Vorpommern und zwei Wochen später, am 18. September, die Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses. 2017 standen die Landtagswahlen am 26. März im Saarland, am 7. Mai in Schleswig-Holstein und am 14. Mai in Nordrhein-Westfalen an.

Während die FDP im Landtag Baden-Württembergs noch nie ihre Arbeit in der außerparlamentarischen Opposition verrichten musste, war sie 2011 mit 4,2 Prozent der Zweitstimmen erstmals seit 1987 aus dem Landtag von Rheinland-Pfalz ausgeschieden. Noch wechselhafter ist die Vergangenheit des sachsen-anhaltischen Landesverbands: Auf die Wahlen 1990 und 2002 mit 13,5 Prozent bzw. 13,3 Prozent folgten steile Abstürze in der Wählergunst auf 3,5 Prozent (1994) bzw. 3,6 Prozent (2011). Insgesamt war die FDP seit der deutsch-deutschen Einigung 13 Jahre im Magdeburger Landtag vertreten, davon acht Jahre in Regierungsverantwortung. Insoweit war die Ausgangslage für die FDP bei den wichtigen ersten drei Landtagswahlen des Jahres 2016 verschieden:

- Baden-Württemberg als liberales Stammland, das man sogar gegen den Bundestrend 2011 zu halten vermochte;³³
- Rheinland-Pfalz als für die FDP relativ stabiles Land,³⁴ das aber unter ähnlichen Bedingungen 2011 für die Liberalen verloren ging und
- Sachsen-Anhalt als ostdeutsches Bundesland, wo die FDP innerhalb weniger Jahrzehnte Höhen und Tiefen zwischen Regierungsverantwortung und politischer Bedeutungslosigkeit durchlebte.

Die baden-württembergische FDP, die im Wahljahr 2016 als einziger Landesverband mit einer Landtagsfraktion ins Rennen ging, legte ein nur in Teilen neues Personaltableau vor. Man hatte sich 2011 mit 5,3 Prozent knapp im Landtag gehalten. Alle sieben amtierenden Abgeordneten traten erneut in ihren Wahlkreisen an. Da das baden-württembergische Landeswahlsystem ausschließlich Wahlkreis- und keine Listenkandidaturen vorsieht, gibt es auch keine sicheren Listenplätze.³⁶ Die amtierenden Abgeordneten hatten damit – abgesehen von ihrem Amtsinhaberbonus – keine besonderen Vorteile gegenüber ihren Parteifreunden, die in den anderen Wahlkreisen kandidierten. Aus dieser Perspektive heraus wirkt das Kandidatenangebot zur Landtagswahl 2016 ‚frisch‘. Von den insgesamt 70 Wahlkreiskandidaten waren 51 weder zur letzten Landtags- noch zur letzten Bundestagswahl angetreten.

Auch innerhalb des Spitzenteams fanden Umstellungen statt. Ulrich Goll (Jg. 1950), der trotz des Verbleibs im Stuttgarter Landtag 2011 als Spitzenkandidat eine schwere Niederlage für seine Partei eingestehen musste, trat zwar in seinem Wahlkreis, aber nicht erneut als Zugpferd an.³⁷ Stattdessen machte er dem elf Jahre jüngeren Ulrich Rühlke (Jg. 1961) Platz. Der Wechsel an der Spitze vollzog sich jedoch innerhalb der Gruppe der Landtagsabgeordneten. Ein kompletter personeller Neuanfang hätte anders ausgesehen. Gleichwohl scheint die Mischung aus personalpolitischer Konstanz und Neuaufstellung den Liberalen im „Ländle“ zumindest nicht geschadet zu haben. Mit Rühlke als Kopf der Kampagne und dem Slogan „Der nächste Schritt für unser Land“ sowie dem Spiel mit Lokalkolorit-Klischees (Plakatspruch: „Schaffe, schaffe, Datenhighway baue“) vermochte es die Süd-West-FDP, einen Zuwachs von 3 Prozentpunkten im Vergleich zur vorherigen Landtagswahl zu realisieren. Gegenüber dem Landesparteiergebnis zur Bundestagswahl 2013 betrug dieser immerhin noch 2,2 Prozentpunkte.

Ähnlich erfolgreich war der Verband in Rheinland-Pfalz. Genau wie Rühlke war Volker Wissing (Jg. 1970) keine gänzlich neue Besetzung für den Posten des Spitzenkandidaten. Am Wahlabend hatte er zwar noch kein Landtagsmandat bekleidet, dafür aber von 2004 bis 2013 ein Bundestagsmandat.³⁸ Als langjähriger Bundestagsabgeordneter und als promovierter Jurist mit einer eigenen Anwaltskanzlei passte Wissing personell noch eher in das Bild der ‚alten‘ FDP. Ihm musste Herbert Mertin (Jg. 1958), Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2011, der später als Justizminister von Rheinland-Pfalz vereidigt wurde, weichen.³⁹ Auch Rainer Brüderle (Jg. 1945), rheinland-pfälzischer Spitzenkandidat zur Bundestagswahl 2013, trat nicht an. Wissing bringt parlamentarische Erfahrung mit, war aber auf Landesebene bis dahin öffentlich eher ein unbekanntes Gesicht.

Die FDP-Kampagne zur Wahl des Mainzer Landtags war personenzentriert. Neben dem optimistischen Hauptslogan „Schauen wir nach vorn“ befand sich auf den Plakaten ein popartähnliches Konterfeit Wissings, darauf die Unterschrift: „Volker Wissing. Angstgegner“.⁴⁰ Damit folgte man auch in Rheinland-Pfalz dem innerparteilichen Trend zur aufmerksamkeitsgenerierenden, spielerischen Provokation. Mit Slogans wie „Der macht den Haushalt“ kokettierten die Plakate darüber hinaus selbstironisch mit seiner relativ trockenen Art (siehe zusammenfassend Tabelle 1). Die Liberalen und

allen voran Wissing formulierten den Wunsch, eine Koalition mit der CDU unter Julia Klöckner einzugehen; wobei sich Wissing als Finanzminister anbot.⁴¹ Er wurde dann auch Finanzminister, jedoch im SPD-geführten Kabinett Malu Dreyers. Damit gelangte die FDP seit der Niederlage bei der sächsischen Landtagswahl im Jahr 2014 erstmals wieder in Regierungsverantwortung.

In beiden Ländern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, erreichte die FDP ähnlich gute Ergebnisse mit Zuwächsen von 2 bzw. 3 Prozentpunkten. Überzeugt wurden vor allem vormalige CDU- und Nichtwähler. In Rheinland-Pfalz konnte sie sogar mehr als doppelt so viele Nichtwähler zurück an die Urne holen, wie sie fünf Jahre zuvor verloren hatte.⁴² In Baden-Württemberg hingegen waren 2011 ehemalige Nichtwähler sogar die Stütze des Verbleibs im Parlament gewesen. Dennoch konnte die FDP 2016 auch dort erneut Nichtwähler mobilisieren.⁴³ Nur an die AfD gaben die Liberalen Stimmen ab. Ähnlich wie bei den Wahlen im Jahr 2015 konnten die beiden Landesverbände ihre Anteile bei den Selbständigen ausbauen, auf 13 Prozent in Rheinland-Pfalz und 15 Prozent in Baden-Württemberg. Zugewinne konnten auch bei den Angestellten und Rentnern verbucht werden. Zugleich gelang in allen Bevölkerungsgruppen der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde.⁴⁵ Meinungsumfragen zufolge spielten die Spitzenkandidaten Wissing und Rühlke keine hervorgehobene Rolle für die Wahlentscheidung, sondern die Lösungsvorschläge zu Sachfragen, insbesondere in der Wirtschafts- und Bildungspolitik.⁴⁵

Die FDP Sachsen-Anhalt fuhr einen ähnlichen Kurs der teilweisen Neuaufstellung. Die Spitzenkandidaten der Landtagswahl 2011 (Veit Wolpert, Jg. 1960) und der Bundestagswahl 2013 (Cornelia Pieper, Jg. 1959) waren drei Jahre später beide nicht auf der Landesliste vertreten. Stattdessen wurde mit Frank Sitta (Jg. 1978) ein weithin unbekannter Kandidat ‚aus dem Hut gezaubert‘. Der 36-jährige verkörperte als Unternehmer und Teilhaber einer Diskothek den von Parteistrategen erwünschten, möglichst unkonventionell erscheinenden Neuanfang der FDP. Er war jedoch kein Quereinsteiger, sondern lange Zeit ein eher inaktives Mitglied (Beitritt JuLis: 1993, FDP: 2001). Unter Unternehmensgründern war er als Landesvorsitzender der Wirtschaftsjuvenen, deren Bundesvorstand er zugleich angehörte, vernetzt.⁴⁶ Neben Sitta befanden sich auf der sachsen-anhaltischen Liste des Jahres 2016 zwei weitere Newcomer auf einem aussichtsreichen Platz. Insofern ging die Neuaufstell-

ung in Sachsen-Anhalt anteilig weiter als in Baden-Württemberg, aber auch sie wurde durch frühere Landtagsabgeordnete (vor 2011) auf den Plätzen 2, 3 und 5 eingehegt (siehe zusammenfassend Tabelle 1).

Anders als in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz scheiterte der Neustart der FDP in Sachsen-Anhalt. Sie verfehlte den Einzug in den Landtag knapp um rund 1.600 Stimmen bzw. mit 4,9 Prozent. Auch wenn damit das eigentliche Wahlziel verfehlt wurde und „die Liberalen hinter ihren Möglichkeiten zurück geblieben“⁴⁷ waren, ist das Ergebnis in Anbetracht des Erstarkens der AfD dennoch ein kleiner Erfolg. Insgesamt konnten im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl 16.000 und gegenüber der Bundestagswahl 2013 sogar 24.000 wahlberechtigte Bürger mehr dazu gebracht werden, die FDP zu wählen. Über die Hälfte (10.000) dieser zusätzlichen Stimmen kamen von bisherigen Nichtwählern, weitere 8.000 von der CDU.⁴⁸ Als außerparlamentarische Partei wurde sie nur zu 51 Prozent aus Überzeugung und zu 43 Prozent aus Protestmotiven heraus gewählt. Damit war sie nach der AfD die größte Protestwahloption.⁴⁹ Der Spitzenkandidat spielte laut Umfragen nur eine sehr nachgeordnete Rolle,⁵⁰ auch wenn er damals noch bekannter als der AfD-Listenanführer André Poggenburg war.⁵¹ Überraschenderweise hatte Sitta trotz seiner Biographie und der auf Start-ups, Gründer und Unternehmer ausgerichteten Kampagne – die Hauptslogans waren: „Der Vorwärtsruck“ und „Machen wir was draus“ – nicht verhindern können, dass erneut weniger Selbständige die Liberalen wählten.⁵² In dieser Gruppe hat die FDP dennoch nach wie vor ihren größten Rückhalt, ähnlich wie bei höher Gebildeten.⁵³ Zulegen konnte sie bei Angestellten und Rentnern.⁵⁴ Wie bei den Vorjahreswahlen auch schnitt die FDP bei den 25- bis 34-jährigen schlecht ab, kam aber bei den Erstwählern zwischen 18 und 24 Jahren immerhin auf 5 Prozent Zustimmung.⁵⁵

Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016 setzte sich die Tendenz der leichten Zugewinne fort. Die FDP legte um 0,2 Prozentpunkte auf 3 Prozent geringfügig zu. Sie verfehlte aber den Einzug in den Schweriner Landtag. Damit hat sie im Osten der Republik einen unverändert schweren Stand. Bei allen fünf Landtagswahlen in den neuen Bundesländern seit 2013 scheiterte sie an der Fünf-Prozent-Hürde.

Im Wahlkampf der Nord-Ost-FDP war das Erfolgsrezept der Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen aus dem Jahr 2015 nachgeahmt worden.

Mit Cécile Bonnet-Weidhofer (Jg. 1982) trat eine junge Frau mit dem frisch anmutenden, wenn auch inhaltsleeren Slogan „Das junge MV“ als Spitzenkandidatin an. Nach Auffassung der Presse zählte die damals 33-jährige „zu den ungewöhnlichsten Kandidaten dieses Wahlkampfes“.⁵⁶ Tatsächlich war diese Personalie ein durchaus gewagter Schritt: Die Deutsch-Französin war erst 2010 nach Schwerin gezogen, ‚ihren‘ Landesverband hatte sie bereits erfolglos in den Europawahlkampf 2014 geführt;⁵⁷ im Frühjahr 2016 wurde sie Mutter.

Im Wahlkampf erzeugte Bonnet-Weidhofer unter anderem durch ein getwittertes Bild, auf dem man sie ihren Sohn stillen sah, Aufmerksamkeit.⁵⁸ Die Kampagne der Landesliberalen spielte mit ihrer französischen Herkunft und ihrem Akzent. Eine Plakataufschrift lautete beispielsweise: „Voulez-vous Landtag avec moi?“. So wurde zwar Aufmerksamkeit generiert, aber aufgrund der fehlenden Heimatbetonung der Kampagne der eine oder andere heimatverbundene Wähler womöglich verprellt.

Mit Spannung war die Wahl in Berlin zwei Wochen danach erwartet worden. Sebastian Czaja (Jg. 1983), ehemaliges CDU-Mitglied und gelernter Elektrotechniker, trat als Spitzenkandidat an. Auf Landesebene war sein Name nicht zuletzt durch die Verwandtschaft zum damaligen CDU-Sozialsenator Mario Czaja bekannt. Er selbst saß bereits von 2006 bis 2011 im Abgeordnetenhaus und war dort stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP (siehe zusammenfassend Tabelle 1).

Die Berliner Kampagne im Jahr 2016 war in dem für die FDP inzwischen typischen blau-gelb-magenta-farbigem Design gehalten. Auf Plakaten prangte die Aufschrift „Plan B“ – eine Anspielung sowohl auf den Berliner Sonderweg als auch auf die ‚Wahlalternative‘, die die Hauptstadt-FDP darstellen wollte.⁵⁹ Die Wahlkampfaktion mit dem meisten Aufsehen fand jedoch nicht in Berlin, sondern in London statt. Die Wahl zum Abgeordnetenhaus wurde kurz nach dem Brexit-Votum abgehalten. Diese zeitliche Nähe nutzte die FDP für eine Eigen-PR-Aktion. Ein Wagen mit der Plakataufschrift: „Dear start-ups, keep calm and move to Berlin“⁶⁰ fuhr durch London und warb für den Standort Berlin, der im Gegensatz zu London in der EU verbleiben würde. Auch darüber hinaus setzten die Liberalen auf berlinspezifischen Humor.⁶¹ Die Gesamtkampagne wirkte optimistisch, weltoffen und war mit einer gehörigen Portion Witz garniert. Gezielt sollten junge, marktliberale und kosmopolitische Wähler gewonnen werden.⁶²

Der Erfolg blieb nicht aus. Die Berliner FDP erreichte ein Plus von 4,9 Prozentpunkten und kam auf 6,7 Prozent bzw. zwölf Abgeordnete. Vor allem Selbständige und Angestellte gehörten erneut zu den Kernwählern.⁶³ Weniger effektiv vermochte man junge Wähler zu mobilisieren, besser gelang dies bei den Wählern mit mehr als 60 Jahren.⁶⁴ Nichtwähler wurden zurückgewonnen. Man profitierte von einer in Berlin inzwischen beinahe traditionell schwächelnden CDU, die von der Presse als „niedergeschlagener Landesverband“⁶⁵ beschrieben wird. Auch von anderen Parteien wurden Wähler abgezogen. Lediglich an die AfD verlor man Wähler.⁶⁶ Auch in Berlin waren die Freien Demokraten eine Protestwahloption.⁶⁷ Czaja selbst hatte einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die Wahlentscheidung seiner Wähler. Lediglich 7 Prozent gaben an, die FDP wegen ihm gewählt zu haben.⁶⁸ Bei den Wahlen der vorangegangenen Jahre lag dieser Wert meist zwischen 15 Prozent und 20 Prozent.

Ins Bundestagswahljahr 2017 startete die FDP mit einer Niederlage. Der Einzug in den saarländischen Landtag gelang nicht. Die Umfragen hatten die Freien Demokraten fast einhellig unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde gesehen⁶⁹, so dass das Ergebnis von 3,3 Prozent, was immerhin einem Zuwachs von 2,1 Prozentpunkten entspricht, die Parteistrategen wohl nicht sonderlich überrascht haben dürfte. Die FDP hatte nie einen besonders soliden Stand im saarländischen Parteiensystem; zuletzt hatte sie bundesweit durch interne Querelen und ‚Regierungsunfähigkeit‘ in der Jamaika-Koalition unter Annegret Kramp-Karrenbauer von 2009 bis 2011 für Schlagzeilen gesorgt.⁷⁰ Die geplatzte Koalition ging fast ausschließlich auf das Konto der Liberalen⁷¹, die 2012 mit nur 1,2 Prozent faktisch in der Bedeutungslosigkeit verschwanden.⁷² Diese Erblast wirkte noch 2017 fort.

Zur Landtagswahl 2017 hatte die saarländische FDP auf Oliver Luksic (Jg. 1979) gesetzt. Der 38-jährige Unternehmensberater war von 2009 bis 2013 Mitglied des Bundestags. Seinen Landesverband führt er seit 2011 an. Bereits zur Landtagswahl 2012 war er Spitzenkandidat, betraut mit dem wenig erfolgversprechenden Unterfangen, seine Partei im Landtag zu halten. Die Jahre der außerparlamentarischen Opposition in Bund und Land hatte er für eine ‚Runderneuerung‘ der Partei genutzt, so dass sich keine der durch die Jamaika-Koalition ‚belasteten‘ Personen – wie der frühere Parteivorsitzende Horst Hinschberger (Jg. 1950) – mehr auf der Landesliste fanden.⁷³ Luksic selbst kann nur bedingt als frisches Gesicht

gelten. Durch seine Zeit im Bundestag steht er mit der Politik der FDP in Regierungsverantwortung von 2009 bis 2013 in Verbindung. Die weiteren Spitzenplätze der saarländischen Listen⁷⁴ zur Landtagswahl 2017 wurden hingegen mit neueren Gesichtern besetzt. Von den fünf Plätzen, die 2009 noch zum Mandat führten, findet sich außer Luksic niemand, der bereits 2012 eine aussichtsreiche Position innehatte. Allerdings kandidierten Roland König (Jg. 1966, Listenplatz 2) und Claudia Fuchs (Jg. 1965, Listenplatz 3) auch schon für die Bundestagswahl 2013. Die Neuaufstellung der Saar-FDP geschah also vor allem in Abgrenzung zur eigenen desolaten Regierungszeit im Land zwischen 2009 und 2011. Funktionsträger, die den Landesverband mit in die Versenkung geführt haben, spielen bei den aktuellen Wahlen für öffentliche Ämter zumindest keine Rolle mehr.

Im Wahlkampf setzte man auf die blau-gelb-magenta-farbigen Plakate mit Allgemeinplätzen wie „Das neue Saarland“, „Starke Wirtschaft für sichere Arbeitsplätze“ und „Weltbeste Bildung für das Saarland“. Im Wahlkampfendspurt wurde eine „Rote Socken“-Kampagne aufgelegt.⁷⁵ Mit der Warnung vor der „Verrotung“ des Saarlands versuchte man die FDP als Wahloption gegen ein rot-rotes Bündnis in Stellung zu bringen.⁷⁶

Die Kampagne führte allerdings nicht zur gewünschten Mobilisierung für die Freien Demokraten. Man konnte mit etwa 17.400 Wählern zwar dreimal so viele Wähler überzeugen wie 2012. Dennoch wurde die Fünf-Prozent-Hürde um knapp 10.000 Stimmen verfehlt. Selbst im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 verlor man Stimmen. Luksic war als Spitzenkandidat nur geringfügig bekannter als 2012 und erreichte einen Kandidatenfaktor von 15 Prozent.⁷⁷ In keiner Altersgruppe kam man in die Nähe der 5 Prozent.⁷⁸ Lediglich Selbständige wählten überdurchschnittlich oft die Freien Demokraten.⁷⁹ Da die FDP in demoskopischen Auswertungen zu den „Sonstigen Parteien“ gezählt wurde, sind Aussagen zur Wählerwanderung nicht möglich.

Das Landtagswahlergebnis im kleinsten Flächenland der Bundesrepublik war für die FDP, auch wenn es durchaus zu erwarten gewesen war, nicht der erhoffte Auftakt für das Bundestagswahljahr 2017. Im kürzlich neu benannten Hans-Dietrich-Genscher-Haus⁸⁰ richteten sich die Hoffnungen deshalb auf die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen im Mai 2017.

Der FDP in Schleswig-Holstein gelang es am 7. Mai 2017 ihr Wahlergebnis um 3,3 Prozentpunkte auf 11,5 Prozent zu steigern. Getragen war der Erfolg von einem starken und bekannten Spitzenkandidaten.⁸¹ Wolfgang Kubicki, der sich gern als ‚Eigenmarke‘ inszeniert, schnitt in der Bewertung auf einer Skala von +5 bis -5 mit 1,8 deutlich besser ab als sein Landesverband (0,7) oder die Bundes-FDP (0,3).⁸² So verwundert es nicht, dass die Kampagne des Landesverbands vor allem auf seine Person zugeschnitten war. Auf den Plakaten waren neben Kubickis Konterfeit Slogans zu lesen, die – ähnlich wie bei den vorangegangenen Wahlen – zugleich provokativ („Wollen reicht nicht. Man muss auch können“) und inhaltsleer („Das Beste für Schleswig-Holstein“) daherkommen. Aufgrund der besonderen Prominenz Kubickis und dem überdurchschnittlichen Wählerzuspruch für die Nord-FDP fiel die personelle Neuaufstellung der Partei eher marginal aus. Von den sechs amtierenden Landtagsabgeordneten finden sich fünf auf den ersten fünf Plätzen wieder. Lediglich Ekkehard Klug (Jg. 1956) unterlag als amtierender Landtagsabgeordneter in einer Kampfabstimmung um Platz 6 Annabell Krämer (Jg. 1971). Eine personelle Neuaufstellung blieb aus, wohl weil der Landesverband 2012 trotz massiver Verluste (-6,7 Prozentpunkte) mit 8,4 Prozent noch verhältnismäßig großen elektoralen Zuspruch erhalten hatte.

Mit einer ähnlichen Konstellation – bekannter Spitzenkandidat, personalisierte Kampagne und solider Rückhalt in der Wählerschaft⁸³ – konnte die FDP bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017 mit ihrem Bundesvorsitzenden Christian Lindner als Zugpferd⁸⁴ Kubickis Erfolg sogar noch toppen. Die Partei steigerte sich um 4 Prozent auf 12,6 Prozent und erzielte damit in Nordrhein-Westfalen ihr historisch bisher bestes Landtagswahlergebnis.⁸⁵ Damit ist die FDP drittstärkste Kraft im größten Bundesland und kann mit Rückenwind Richtung Bundestagswahl im Herbst blicken.

Tabelle 1: Ergebnisse und Aufstellung der FDP bei Landtagswahlen zwischen 2013 und 2017 (s. rechte Seite)

Landtagswahl	Stimmenanteil der FDP; Gewinn/Verlust gegenüber der vorherigen ...Landtagswahl ...Bundestagswahl (Prozentpunkte)	Spitzenkandidat (Jg.) (Landesparlaments-/Bundestagsmandat seit ...)	Zahl der Neubesetzungen auf aussichtsreichen Listenplätzen*	Ausgewählte Slogans zur Wahl
Brandenburg, 14. April 2014	1,5 Prozent -5,7 -1	Andreas Büttner (Jg. 1973) (MdL 2009 bis 2014)	k.A.	„Keine Sau braucht die FDP“
Sachsen, 31. August 2014	3,8 Prozent -6,2 +0,7	Holger Zastrow (Jg. 1969) (MdL 2004 bis 2014)	1 von 14	„Sachsen ist nicht Berlin“; „sächsisch stark“
Thüringen, 14. September 2014	2,5 Prozent -5,1 -0,1	Uwe Barth (Jg. 1964) (MdL 2005 bis 2014)	0 von 7	„Wir sind dann mal weg“
Hamburg, 15. Februar 2015	7,4 Prozent +0,7 +2,6	Katja Suding (Jg. 1975) (MdHB seit 2011)	3 von 7	„Hamburg gibt die Richtung vor“
Bremen, 10. Mai 2015	6,6 Prozent +4,2 +3,2	Lencke Steiner (Jg. 1985) (MdBB seit 2015)	2 von 5**	„Eine neue Generation Bremen“
Baden-Württemberg, 13. März 2016	8,3 Prozent +3,0 +2,1	Ulrich Rühlke (Jg. 1961) (MdL seit 2006)	51 von 70	„Der nächste Schritt für unser Land“
Rheinland-Pfalz, 13. März 2016	6,2 Prozent +2,0 +0,7	Volker Wissing (Jg. 1970) (MdB von 2004 bis 2009, MdL seit 2016)	k.A.	„Angstgegner Volker Wissing“; „Schauen wir nach Vorn“;
Sachsen-Anhalt, 13. März 2016	4,9 Prozent +1,1 +2,3	Frank Sitta (Jg. 1978) (kein Mandat)	2 von 7**	„Der Vorwärtssruck“; „Sachsen-Anhalt. Machen wir was draus“
Mecklenburg-Vorpommern, 4. September 2016	3,0 Prozent +0,2 +0,8	Cécile Bonnet-Weidhofer (Jg. 1982) (kein Mandat)	2 von 7**	„Das junge MV“
Berlin, 11. September 2016	6,7 Prozent +4,9 +3,1	Sebastian Czaja (Jg. 1983) (MdBA von 2006 bis 2011, seit 2016)	k.A.	„Plan B“; „Zeit für das nächste Berlin“
Saarland, 25. März 2017	3,3 Prozent +2,1 -0,5	Oliver Luksic (Jg. 1979) (MdB 2009 bis 2013)	2 von 5**	„Das neue Saarland“; „Rot-rot-grün gehört zum Saarland wie das Saarland zu Frankreich“
Schleswig-Holstein, 7. Mai 2017	11,5 Prozent +3,3 +5,9	Wolfgang Kubicki (Jg. 1952) (MdL 1992-2017)	1 von 6	„Das Beste für Schleswig-Holstein“
Nordrhein-Westfalen, 14. Mai 2017	12,6 Prozent +4,0 +7,4	Christian Lindner (Jg. 1979) (MdL 2000 bis 2009, MdB 2009 bis 2012)	4 von 22	„Es geht um unser Land“

Anmerkungen: *als aussichtsreich gelten die Listenplätze, die bei der jeweils vorherigen Landtagswahl zu einem Mandat geführt haben; **da es vorher keine Landtagsfraktion gab, gelten diejenigen Listenplätze als aussichtsreich, die bei der letzten Landtagswahl mit FDP-Fraktion zu einem Mandat geführt haben.

Quelle: eigene Zusammenstellung auf Grundlage von tageschau.de und Daten des Bundeswahlleiters

- 1| *Siehe BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 26.02.2014 – 2 BvE 2/13 – Rn. (1-116).*
- 2| *Bei der Sonntagsfrage zur Bundestagswahl sah man die FDP im Mai 2014 mit 4 Prozent klar außerhalb des Bundestags, siehe <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2014/mai/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- 3| *Siehe Höhne 2013: 165.*
- 4| *Gutschker 2014.*
- 5| *Vgl. Niedermayer 2014a: 535.*
- 6| *Siehe dazu auch das Kapitel „Organisatorische Neuaufstellung“.*
- 7| *<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/analyse-wanderung.shtml>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- 8| *<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/waehler-nach-altersgruppen.shtml>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- 9| *Siehe Dittberner 2010: 83.*
- 10| *Vgl. Jesse 2015: 9.*
- 11| *Hier wird vereinfacht angenommen, ein Listenplatz ist aussichtsreich, wenn er bei der letzten Landtagswahl ‚gezogen‘ hat.*
- 12| *Siehe Jesse 2015: 5 und zusammenfassend Tabelle 1.*
- 13| *Siehe <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/waehler-nach-taetigkeit.shtml>, zuletzt geprüft am 23.02.2017; <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml>, zuletzt geprüft am 23.02.2017; http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/analyse-wanderung.shtml#14_Wanderung_FDP, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- 14| *Im August und September 2014 lag die FDP bei 3 Prozent bundesweit. 60 Prozent der Befragten waren der Meinung, die FDP werde als Partei nicht mehr gebraucht, siehe <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2014/august/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017; <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2014/september/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- 15| *Für Holger Zastrow liegen keine Zahlen vor, für Ralf Büttner siehe <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-kandidat.shtml>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- 16| *Vgl. Niedermayer 2015c: 25; Oppelland 2015: 44.*
- 17| *Suding hatte sich im Rennen um den Spitzenkandidatenplatz gegen die ehemalige Bundestagsabgeordnete Sylvia Canel (Jg. 1958) durchgesetzt, die daraufhin aus der Partei aus- und mit einer neuen Partei antrat (siehe Balasko 2014).*
- 18| *<http://www.katjasuding.de>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- 19| *3 Prozent laut ARD-DeutschlandTREND Februar 2015, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/februar/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- 20| *Im Hamburgischen Wahlrecht ist es möglich, durch Kumulieren und Panaschieren die Listenreihung der Parteien zu ändern (siehe § 4 Abs. 3, § 5 Abs. 8 BüWG). Von der Möglichkeit, die Liste umzustrukturieren, wurde zwar, wie Horst zeigt, Gebrauch gemacht (vgl. Horst 2011a: 709-713). Dennoch wird hier davon ausgegangen, dass die Vorstrukturierung der Liste für die spätere Mandatsvergabe die maßgebliche Bestimmungsgröße bleibt.*
- 21| *Der Spiegel 2015: 26 und zusammenfassend Tabelle 1.*
- 22| *Siehe Horst 2011b: 731.*
- 23| *Siehe Widmann 2015.*
- 24| *Vgl. Probst 2015: 545; Horst 2015.*

- 25] *Der Kandidatenfaktor von Suding und Steiner betrug jeweils 22 Prozent, siehe http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/charts/umfrage-fdp/chart_3633616.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017; http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/umfrage-fdp/chart_3555775.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- 26] http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/umfrage-fdp/chart_3555771.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 27] http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/charts/umfrage-fdp/chart_3633612.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 28] http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/charts/umfrage-fdp/chart_3633622.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017; http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/umfrage-fdp/chart_3555781.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 29] *Hamburg: http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/umfrage-fdp/chart_3555783.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- 30] http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/charts/analyse-wanderung/chart_3636163.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017; http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/analyse-wanderung/chart_3555669.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 31] *Bremen: 54 Prozent, siehe http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/charts/umfrage-fdp/chart_3633612.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017; Hamburg: 50 Prozent, siehe http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/umfrage-fdp/chart_3555779.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- 32] *Siehe Cassidy 2015.*
- 33] *Vgl. Vorländer 2011: 127; Eith/Schlipphak 2007.*
- 34] *Vgl. Höhne/Cronqvist 2010: 166; Eith/Schlipphak 2007.*
- 35] *Vgl. Holtmann 2006: 185f.; Dittberner 2010: 59-128.*
- 36] *Die Mandatsverteilung erfolgt proportional zum Stimmergebnis und innerhalb der Parteien nach Stimmen je Wahlkreis (siehe § 2 Abs. 3 LWG Baden-Württemberg, siehe auch Däubler 2017). Die Sitze einer Partei entfallen also auf diejenigen Bewerber, die die höchsten Stimmzahlen im Vergleich zu ihren Parteikollegen errungen haben. Erhält eine Partei beispielsweise fünf Mandate, ziehen die fünf Bewerber in den Landtag ein, die einen höheren Stimmenanteil in ihrem Wahlkreis erreicht haben als ihre Parteifreunde.*
- 37] *Die Spitzenplatzierung geht dem Wahlrecht entsprechend nicht mit dem Listenplatz 1 einher, sondern erfolgt in einer separaten Nominierung durch den Landesparteitag.*
- 38] *Zuerst als Nachrücker für die verstorbene Marita Sehn (siehe Feldkamp 2011: 1808, 1836).*
- 39] *Siehe SWR 2016.*
- 40] <http://www.fdp-rlp.de/page/fotos-medien>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 41] *Siehe Greive/Jungholt 2016.*
- 42] http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/analyse-wanderung.shtml#14_Wanderung_FDP, zuletzt geprüft am 23.02.2017; http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/analyse-wanderung/chart_8888569.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 43] http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/analyse-wanderung.shtml#14_Wanderung_FDP, zuletzt geprüft am 23.02.2017; http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/analyse-wanderung/chart_8888569.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 44] http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/charts/umfrage-alter/chart_8885043.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017; http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/umfrage-fdp/chart_8896636.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.

- 45| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/charts/umfrage-fdp/chart_8895302.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017; http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/charts/umfrage-fdp/chart_8895294.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017; http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/umfrage-fdp/chart_8896630.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017; http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/umfrage-fdp/chart_8896626.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 46| <http://frank-sitta.de/vita/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 47| Holtmann/Völkl 2016: 548.
- 48| https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/analyse-wanderung/chart_8891262.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 49| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-aktuellethemen/chart_8891100.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 50| Nur 11 Prozent der FDP-Wähler empfanden seine Rolle als wichtig für ihre Wahlentscheidung: https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-fdp/chart_8870282.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 51| https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-kandidat/chart_8860922.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 52| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-fdp/chart_8870280.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 53| Siehe Holtmann/Völkl 2016: 553.
- 54| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-fdp/chart_8870278.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 55| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-fdp/chart_8870276.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 56| Heimbach 2016.
- 57| Die FDP Mecklenburg-Vorpommern erreichte 1,7 Prozent bei der Europawahl 2014. Im Bundesschnitt kam die FDP auf 3,4 Prozent (siehe Der Bundeswahlleiter 2014: 158).
- 58| Siehe Heimbach 2016.
- 59| <https://fdp-berlin.de/wahl-2016/kampagne>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 60| Berliner Zeitung 2016.
- 61| Vor dem international angesagten Club Berghain platzierte man ein Plakat mit der Aufschrift: „Chemieunterricht darf nicht erst nach 24 Uhr stattfinden“ siehe <https://fdp-berlin.de/chemieunterricht-darf-nicht-erst-nach-24-uhr-stattfinden-mehr-lehrer-fuer-berlins-schulen>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 62| Vgl. Caspari 2016.
- 63| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/umfrage-job/chart_8990994.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 64| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/umfrage-alter/chart_8990886.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 65| F.A.Z. 2017: 4.
- 66| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/analyse-wanderung/chart_8990799.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 67| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/umfrage-fdp/chart_8991333.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 68| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/umfrage-fdp/chart_8991331.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- 69| Siehe für eine Übersicht der Umfrageergebnisse: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/saarland.htm>, zuletzt geprüft am 05.04.2017.
- 70| Siehe Neu 2012: 4; Winkler 2008: 378ff.; Winkler 2012: 508.
- 71| Siehe Georgi/Holl 2012.
- 72| Siehe Neu 2017a: 7.
- 73| Vgl. Theiser 2016.

- 74| Das Wahlrecht zum saarländischen Landtag sieht eine zweistufige Verteilung der 51 Landtagsmandate vor. Nach dem D´Hondtschen Verfahren werden die 51 Sitze auf die Gesamtstimmenzahl der einzelnen Wahlvorschläge verteilt. Davon werden 41 durch Wahlkreislisten der Parteien in den drei Wahlkreisen besetzt. Die restlichen zehn Listenplätze werden entsprechend dem verbliebenen Sitzanspruch jeder Partei verteilt und durch die jeweiligen Landeslisten besetzt (§ 38 LWG Saarland). Dementsprechend stellt jede Partei drei Wahlkreislisten und eine Landesliste auf.
- 75| „Rote-Socken“-Kampagne bezeichnet ein im Bundestagswahlkampf 1994 erstmals von der CDU eingesetztes Plakatmotiv, das vor den „roten Socken“ (gemeint war damals die PDS) warnt. Generell gelten als „Rote-Socken-Kampagnen“ alle Warnungen vor potentiellen rot-roten Mehrheiten (vgl. Holtz-Bacha 2001: 676).
- 76| Vgl. Betzholz 2017.
- 77| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/charts/umfrage-kandidat/chart_24575.shtml, zuletzt geprüft am 06.04.2017.
- 78| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/charts/umfrage-alter/chart_24219.shtml, zuletzt geprüft am 06.04.2017.
- 79| http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/charts/umfrage-job/chart_24233.shtml, zuletzt geprüft am 06.04.2017.
- 80| Vgl. Berliner Kurier 2017.
- 81| Kubicki erreicht hohe Zustimmungswerte, siehe: http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-07-LT-DE-SH/charts/umfrage-kandidat/chart_38879.shtml, zuletzt geprüft am 10.05.2017; sowie ein vergleichsweise hoher Kandidatenfaktor: http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-07-LT-DE-SH/charts/umfrage-wahlentscheidend/chart_45822.shtml, zuletzt geprüft am 10.05.2017.
- 82| Vgl. Neu 2017b.
- 83| 2012 erreichte die FDP in Nordrhein-Westfalen sogar ein Plus von 1,9 Prozentpunkten auf 8,6 Prozent.
- 84| So kam Christian Lindner auf einen höheren Zustimmungswert als die bis dahin amtierende Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, siehe Neu 2017c: 4.
- 85| Vgl. Neu 2017c: 8.

PERSONELLE NEUAUFSTELLUNG: MIT ALTEN ZÖPFEN UND NEUEN KÖPFEN IN DEN BUNDESTAGS- WAHLKAMPF

Bei Wahlen haben Parteien eine Reihe von Möglichkeiten, ihr öffentliches Erscheinungsbild in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dabei steht das Spitzenpersonal im Fokus – im Kontext des offenbar an Fahrt aufnehmenden Personalisierungstrends von Politik sogar mehr denn je. Aussagen der Spitzenkandidaten und deren Vita sollen mittels Medienarbeit bzw. Wahlkampfaktionen ein stimmiges bzw. im Einklang mit der Gesamtkampagne der Partei stehendes Bild vermitteln.¹

Neben den ‚Zugpferden‘ der Parteien sind die Kandidaten in den Wahlkreisen und auf den Landeslisten ebenfalls Teil der Wahlkampagne. Durch lokal bzw. regional begrenzte Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampfauftritte tragen sie zur Wahrnehmung ihrer Partei vor Ort bzw. im Bundesland bei.² Darunter besonders relevant sind wiederum diejenigen Wahlbewerber, die über eine realistische Mandatschance verfügen. Von ihnen kann die Partei mehr eigenes Engagement und somit auch mehr öffentliche Wahrnehmung erwarten als von den sogenannten ‚Zählkandidaten‘.

Seit dem 23. Juni 2016 werden die Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl 2017 aufgestellt. Obwohl es entsprechend der personalisierten Verhältniswahl zwei Wege in den Bundestag gibt, die sogar parallel beschriftet werden

können – über ein Direktmandat im Wahlkreis und/oder über eine Landesliste³ –, ‚zieht‘ für die FDP in aller Regel nur die Liste.⁴ Dementsprechend stehen diejenigen Personen im Mittelpunkt der folgenden Analyse, die einen aussichtsreichen Listenplatz erworben haben. Die Wahlkreisebene wird nicht näher betrachtet, ungeachtet dessen, dass bei der FDP, wie in den anderen Parteien auch, eine Wahlkreiskandidatur üblicherweise eine Voraussetzung für eine aussichtsreiche Listenplatzierung ist.⁵

Untersucht werden zunächst die Spitzenkandidaten, immer auch unter dem Blickwinkel, inwieweit die Freien Demokraten eine ‚Frischzellenkur‘ durchlaufen haben. Anschließend folgen die aussichtsreichen Kandidaten auf den Landeslisten, von denen das Durchschnittsalter, der Frauenanteil und die Berufsstruktur betrachtet werden. Treten viele ehemalige Abgeordnete wieder zur Wahl an oder bemüht sich die Partei, neue Gesichter zu präsentieren? Spitzenkandidaten prägen in besonderer Weise die Außenwirkung der Partei und werden für elektoralen Erfolg- oder Misserfolg (mit-)verantwortlich gemacht. Insoweit erscheint zuerst eine Beschäftigung mit den Spitzenkandidaten als Einzelpersonen und danach mit den anderen potentiellen Bundestagsabgeordneten als angebracht. Die Analyse erfolgt alphabetisch nach Bundesländern.⁶

Die Spitzenteams der sechzehn Landeslisten

Für die FDP in Baden-Württemberg tritt Michael Theurer (Jg. 1967) unangefochten für den Spitzenplatz an. Der Europaabgeordnete (seit 2009) und frühere Landtagsabgeordnete (2001 bis 2009) ist parteiintern kein neues Gesicht. Dem Bundesvorstand gehörte er von 2003 bis 2011 an. Seit 2015 ist er Beisitzer im Präsidium. Er gilt als politisch erfahren, gut vernetzt, selbstbewusst und wird von einigen in der FDP als „Hoffnungsträger“⁷ ‚gehandelt‘.⁸

Für Bayern tritt der FDP-Generalsekretär des Landesverbands und frühere JuLi-Chef Daniel Föst (Jg. 1978) unangefochten als Spitzenkandidat an. Der 41-jährige ist in der Öffentlichkeit ein eher neues Gesicht.⁹ Bisher hatte er kein professionelles Parlamentsmandat inne. Die Presse beschreibt ihn despektierlich „als Anhängsel von Landeschef Duin“.¹⁰ Albert Duin (Jg. 1953) selbst ist ebenso erst nach der verlorenen Landtags- und Bundestagswahl ins Amt des Landeschefs gekommen und tritt aller Voraussicht nach als Spitzenkandidat zur Landtagswahl in Bayern 2018 an.

In der Berliner FDP war die Frage, wer Spitzenkandidat wird, umstritten. Gegen den langjährigen Landesvorsitzenden (seit 2010) und ehemaligen Spitzenkandidaten zur Abgeordnetenhauswahl 2011 Christoph Meyer (Jg. 1975) trat die ehemalige Staatssekretärin im Bundesjustizministerium Birgit Grundmann (Jg. 1959) an. Sie unterlag mit 127 zu 214 Stimmen und blieb auch bei den Abstimmungen über die Folgeplätze erfolglos.¹¹

Auch in Brandenburg war der Listenplatz 1 umkämpft. Linda Teuteberg (Jg. 1981), Volljuristin und Landtagsmitglied von 2009 bis 2014, setzte sich knapp gegen den FDP-Landesvorsitzenden und Lobbyisten Freier Tankstellen Axel Graf Bülow (Jg. 1952) durch.¹² Teuteberg war bereits 2009 – unter anderem als Spitzenkandidatin der Jungen Liberalen Brandenburgs – über Listenplatz 2 in den Landtag Brandenburgs eingezogen. Im Gegensatz zu ihrem Mitbewerber konnte sie somit bei ihrer Nominierung auf bereits vorhandene Parlamentserfahrung verweisen.

In Bremen wird Lencke Steiner wie erwartet und angekündigt¹³ als Spitzenkandidatin den Sprung in den Bundestag versuchen¹⁴ und damit wie Suding in Hamburg als Zugpferd bei der kommenden Landtagswahl wohlmöglich ausfallen.

In Hamburg treten mit Katja Suding und Wieland Schinnenburg (Jg. 1958) exakt die beiden Kandidaten auf den Listenplätzen 1 und 2 an, die auch bei der vorhergehenden Bürgerschaftswahl die Spitzenplätze innehatten. Insofern ginge der hamburgischen FDP im Falle des Wiedereinzugs in den Bundestag mit Suding das bekannteste Gesicht verloren. Suding hatte mit Burkhardt Müller-Sönksen (Jg. 1959) einen gewichtigen Gegenkandidaten um den Spitzenplatz. Der vormalige Bundestagsabgeordnete unterlag aber in einer sogenannten Kampfabstimmung deutlich mit 158 zu 51.¹⁵

Nachdem der hessische Landesvorstand Nicola Beer (Jg. 1970) zur Spitzenkandidatin gekürt hatte,¹⁶ zog Mitte März auch der Parteitag nach.¹⁷ Die 47-jährige Juristin war Landtagsabgeordnete und hessische Staatssekretärin für Europaangelegenheiten. Christian Lindner hatte sie 2013 als Generalsekretärin in den Bundesvorstand geholt und mit ihr zusammen maßgeblich den Neuanfang der Freien Demokraten vorbereitet. Am Rande sei erwähnt, dass sie neben Lencke Steiner und Katja Suding bei einem Fotoshooting für eine illustrierte Publikumszeitschrift mit Schwerpunkt ‚Promis‘ als eine der „Drei Engel für Lindner“¹⁸ auftrat.

In Mecklenburg-Vorpommern trat Cécile Bonnet-Weidhofer überraschend weder auf Platz 1 noch auf Platz 2 an. Aus persönlichen Gründen gab sie sogar ihre Direktkandidatur auf. Stattdessen tritt mit Hagen Reinhold (Jg. 1978) ein Bauunternehmer an, der 2013 in den Bundestag nachgerückt war.¹⁹

Für den niedersächsischen Landesverband hatte Fraktionschef Christian Dürr (Jg. 1977) verkündet, für Listenplatz 1 zur Verfügung zu stehen.²⁰ Ende März dieses Jahres wurde er in seiner Heimatstadt Ganderkesee auf den Schild gehoben.²¹ Auch er würde im Falle seines Einzugs in den Bundestag als bekannte Figur des Landesverbands im kommenden Landtagswahlkampf ausfallen.

Bei den nordrhein-westfälischen Freidemokraten spielte Lindner (Jg. 1979) gewissermaßen ein gefährliches Spiel. Ähnlich wie Suding in Hamburg trat er als amtierender Fraktionschef der Liberalen im Düsseldorfer Landtag als Spitzenkandidat des Landesverbands zur Landtagswahl im Mai 2017 und als Spitzenkandidat der gesamten Partei zur Bundestagswahl im September 2017 an. Vom Landtagsposten würde er allerdings zurücktreten, sollte die FDP im Bund erfolgreich sein, so seine Ankündigung.²² Da er selbst mit Verve für eine authentische und glaubwürdige Politik eintritt,²³ kann der Verdacht aufkommen, dass seine Landtagsspitzenkandidatur nur als Passierschein nach Berlin dienen sollte.²⁴ Im Gegensatz zu einigen anderen NRW-FDP-Spitzen-Frauen und -Männern musste sich Lindner nicht gegen einen Gegenkandidaten durchsetzen.

Die FDP Rheinland-Pfalz wird im Falle des Einzugs in den Bundestag (mindestens) durch den Spitzenkandidaten Manuel Höferlin (Jg. 1973) vertreten. Als Beisitzer im Landesvorstand gehört er dort formal nicht zum engeren Führungszirkel seiner Partei.²⁵ Als 44-jähriger IT-Unternehmer fügt sich Höferlin dafür in das technikfreundliche und der Zukunft optimistisch zugewandte Bild ein, das sich die FDP nach außen hin zu geben versucht.²⁶ 2005 war er in die FDP eingetreten. 2009 zog er über den bei seiner Nominierung als eher aussichtslos eingeschätzten Listenplatz 5 – wie viele andere, die damit eigentlich nicht gerechnet hatten – in den Bundestag ein. Trotz seiner politischen Erfahrung auf Bundesebene blieb seine Bewerbung um Listenplatz 1 nicht unangefochten. Er musste sich gegen zwei Mitbewerber durchsetzen – Thomas Schell (Bundestagswahl 2013: Listenplatz 13, Landtagswahl 2016: Listenplatz 38)

und David Dietz (Jg. 1981, erste Bewerbung um ein öffentliches Amt auf Landes-, Bundes- oder Europaebene). Dies gelang ihm jedoch bereits im ersten Wahlgang.²⁷

In Sachsen war eine erneute Kandidatur des langjährigen Landeschefs Holger Zastrow erwartet worden. Er wurde jedoch im November 2016 in ‚seinem‘ Wahlkreis nicht als Direktkandidat aufgestellt. Mit 19 zu 20 Stimmen unterlag er hauchdünn dem Jungunternehmer Christoph Blödner (Jg. 1982).²⁸ Daraufhin empfahl er den Delegierten des die Landesliste aufstellenden Parteitags in einem Rundschreiben die Nominierung von Torsten Herbst (Jg. 1973), ein langjähriger Mitarbeiter seiner Politikberatungsagentur.²⁹ Dieser konnte sich tatsächlich gegen seinen Herausforderer Robert Malorny (Jg. 1979) durchsetzen. Kritiker in und außerhalb der Partei bemängeln, Zastrow hätte mit dieser Personalie die Neuaufstellung des Landesverbands verpasst und diesen gespalten.³⁰

Frank Sitta von der sachsen-anhaltischen FDP hat nach der verlorenen Landtagswahl nicht aufgegeben und will den Sprung in den Bundestag schaffen.³¹ Jedoch erklärte er, dass er für den nächsten Landtagswahlkampf in Sachsen-Anhalt wieder als Spitzenkandidat zur Verfügung stehen möchte.³²

In Thüringen wurde der Landesvorsitzende und ehemalige Landtagsabgeordnete Thomas Kemmerich (Jg. 1965) unangefochten zum Listenanführer gewählt.³³ Im Vorfeld der Versammlung stand eine Gegenkandidatur des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Patrick Kurth (Jg. 1976) im Raum.³⁴ Kurth trat bei der Listenaufstellung allerdings für keinen der Plätze an.

Summa summarum: Landespolitiker, jüngere Gesichter, einige Frauen, dazwischen ein paar alte Hasen, jedoch so gut wie niemand, der vor 2013 auf der Bundesebene politisch in vorderster Reihe stand – so präsentiert sich die FDP auf den ersten Plätzen ihrer Landeslisten. Die Spitzenteams setzen sich vielfach aus der FDP-Landesprominenz zusammen. Dürr, Lindner, Steiner, Suding und Kubicki sind aktuell die Vorsitzenden ihrer Landtagsfraktionen und waren die Spitzenkandidaten, die ihren Landesverband jeweils zurück ins Parlament geführt oder im Parlament gehalten haben. Von der europäischen Ebene wird Michael Theurer auf die Bundesebene wechseln, vorausgesetzt der Sprung seiner Partei über die Fünf-Prozent-Hürde gelingt. Nur Reinhold, Kubicki und Luksic sind

Kandidaten, die bereits bei der Bundestagswahl 2013 für ihre Landesverbände den Spitzenplatz übernommen hatten.

Mit Suding, Steiner, Beer und Teutenberg wurden mehr Bewerberinnen für Spitzenpositionen gewonnen als bei der vergangenen Bundestagswahl. Der Anteil weiblicher Spitzenkandidaten der FDP zur Bundestagswahl hat sich gegenüber 2013 – damals nur mit Cornelia Pieper (Jg. 1959) und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Jg. 1951) – auf immerhin vier von 16 verdoppelt.

Das aussichtsreiche Personal zur Bundestagswahl 2017

Die Erstellung eines Listenvorschlags ist ein hochkomplexes Unterfangen, bei dem verschiedene Interessenlagen untereinander austariert werden.³⁵ Ob eine von einem informellen oder formellen Gremium vorgeschlagene Landesliste auf der Aufstellungsversammlung so beschlossen wird, ist immer mit Unsicherheit verbunden. Schließlich haben die Delegierten oder Mitglieder das letzte Wort im Nominierungsprozess. Daher werden im Folgenden nur die Listen betrachtet, die bei der Finalisierung der Studie bereits feststanden. Als maximale Zahl der aussichtsreichen Plätze eines Landesverbands gelten all die Plätze der jeweiligen Liste, die bei der Bundestagswahl 2009 ‚gezogen‘ haben.³⁶ Mit dieser ‚großzügigen‘ Definition wird ein ausreichend großer Sicherheitspuffer für die folgende Analyse geschaffen.

Anhand der zuvor beschriebenen Platzierung von immerhin vier Frauen auf Spitzenpositionen für die FDP könnte man den Versuch seitens der Partei erkennen, sich weiblicher darzustellen. Dies gelang auf den Folgeplätzen jedoch nur zum Teil.

Dem Frauenanteil unter den Spitzenkandidaten von 25 Prozent steht ein Frauenanteil von knapp 22 Prozent unter den maximal aussichtsreichen Listenplätzen gegenüber (siehe Tabelle 2). Vor allem die ostdeutschen Landesverbände haben bis auf Brandenburg keine Kandidatinnen für ihre aussichtsreichen Plätze nominiert. Die Liste in Mecklenburg-Vorpommern kommt sogar ganz ohne Frauen aus.

Tabelle 2: Frauenanteil und Durchschnittsalter der FDP-Bundestagskandidaten 2017

Landesverband	Zahl der maximal aussichtsreichen Listenplätze	Frauenanteil auf den maximal aussichtsreichen Plätzen	Durchschnittsalter der Kandidaten auf maximal aussichtsreichen Listenplätzen
Baden-Württemberg	15	20 Prozent	41,7
Bayern	14	29 Prozent	44,8
Berlin	3	33 Prozent	46,3
Brandenburg	2	50 Prozent	47
Bremen	1	100 Prozent	32
Hamburg	2	50 Prozent	50,5
Hessen	8	25 Prozent	50,6
Mecklenburg-Vorpommern	1	0 Prozent	39
Niedersachsen	9	11 Prozent	48,9
Nordrhein-Westfalen	20	15 Prozent	49,3*
Rheinland-Pfalz	5	40 Prozent	38,8*
Saarland	1	0 Prozent	38
Sachsen	4	0 Prozent	39,5
Sachsen-Anhalt	2	0 Prozent	36
Thüringen	2	0 Prozent	53
Gesamt	89	21,3 Prozent	45,6

Anmerkungen: Die Zahl der maximal aussichtsreichen Listenplätze bezieht sich auf die Zahl der Mandate, die die FDP bei ihrem historisch besten Bundestagswahlergebnis im Jahr 2009 aus dem jeweiligen Landesverband entsenden konnte. Von den 93 per definitionem als aussichtsreich geltenden Listenplätzen stehen für 89 die Kandidaten fest. Das Alter wurde vereinfacht aus der Differenz des Wahljahres 2017 mit dem Geburtsjahr gebildet. Zum Redaktionsschluss liegt nur die Landesliste der FDP Schleswig-Holstein nicht vor.

** jeweils ein Fehlwert*

Quelle: eigene Zusammenstellung auf Grundlage von tageschau.de und Daten des Bundeswahlleiters

Der Anteil der FDP-Frauen auf den aussichtsreicheren Listenplätzen liegt mit 21,3 Prozent sogar noch etwas unter dem Frauenanteil der Bundestagsfraktion von 2009 bis 2013.³⁷ Aber auch nur 22,8 Prozent der Parteimitglieder sind weiblich – Tendenz leicht fallend.³⁸ Nur bei der CSU (20 Prozent) und der AfD (15 Prozent) sind Frauen noch schwächer vertreten.³⁹ Während die meisten anderen Parteien formale oder informale Geschlechterquotierungen eingeführt haben, verzichteten die Liberalen darauf mit der Begründung, dass Quoten den freien Wettbewerb untergraben würden.⁴⁰ So erscheint die FDP bezogen auf die Bundestagsbewerber insgesamt „als männlichste Partei“⁴¹.

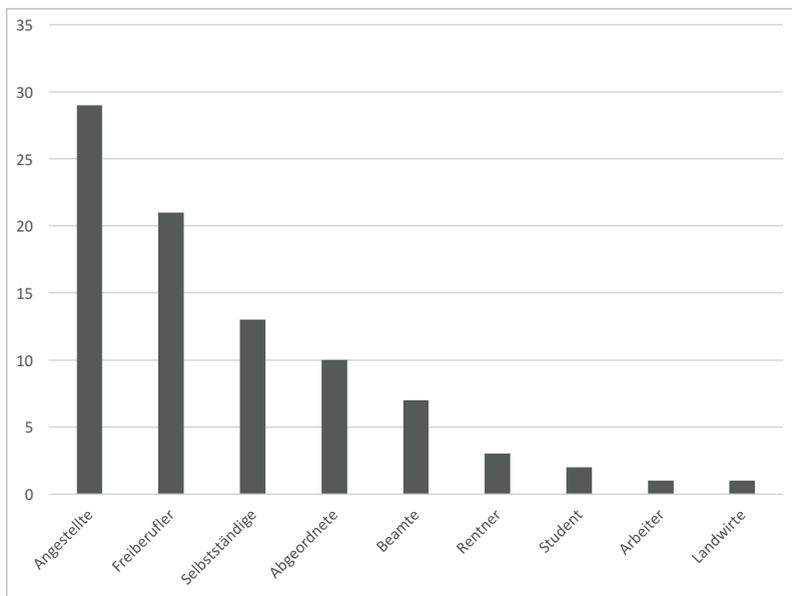
Frauen haben es in der FDP offensichtlich schwer, sich gegen männliche Mitbewerber durchzusetzen: Um 35 der bereits aufgestellten 89 aussichtsreichen Plätze gab es Kampfkandidaturen. Unter diesen bestand in 21 Fällen Wettbewerb zwischen mindestens einer Frau und mindestens einem Mann. Nur in neun Fällen setzte sich die Bewerberin durch. Hätten die Parteiliten stärkeren Einfluss im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit ausgeübt, hätten sich wohl auch mehr Frauen auf den vorderen Positionen der Listen wiedergefunden. Wenngleich viele der aktuellen Aushängeschilder der Partei Frauen sind, kann der FDP somit ein gewisser Nachholbedarf in Sachen Frauenförderung bescheinigt werden.

Die potentiellen Abgeordneten sind zwischen 23 und 77 Jahre und im Durchschnitt 45,6 Jahre alt (siehe Tabelle 2). Damit liegen sie nur knapp über dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung mit 45 Jahren,⁴² aber deutlich unter dem steigenden Durchschnittsalter der Parteimitglieder von 54 Jahren.⁴³ Das Alter der Kandidaten ist für die Wahlentscheidung von geringerer Relevanz.⁴⁴ Trotzdem sind Parteien bemüht, das gesamte Spektrum der Gesellschaft, also auch die Altersstruktur im Parlament abzubilden. Gerade der FDP ist es ein Anliegen, nach der verlorenen Bundestagswahl die Neuaufstellung als Partei mit neuen und jüngeren Gesichtern zu verbinden. Die nächste FDP-Bundestagsfraktion würde nach aktuellem Stand, so wie die vorherige (Durchschnittsalter 47,7 Jahre⁴⁵), dem Bevölkerungsschnitt weitestgehend entsprechen bzw. sogar etwas jünger sein.

Die ‚neue‘ FDP versucht sich aber nicht nur weiblicher und jünger zu präsentieren als bei der Bundestagswahl 2013, sondern auch unternehmerfreundlicher. Wie weiter oben skizziert liegt das Wählerpotential der FDP weniger in bestimmten Altersgruppen, sondern mehr bei der Berufsgrup-

per der Unternehmer, Selbständigen und Freiberufler. Entsprechend werben die Freien Demokraten neben ihren Start-ups-ansprechenden Kampagnen und mittelstandfreundlichen Beschlüssen auch personell mit ihren Bundestagskandidaten um diese Gruppe. Mit insgesamt 34 Freiberuflern und Selbständigen auf 88 ausgewerteten aussichtsreichen Listenplätzen ist diese traditionell FDP-affine Gruppe gut repräsentiert. Dies spricht dafür, dass sie innerhalb der modernisierten FDP nach wie vor gut verankert ist (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Berufsgruppen der Listenbewerber zur Bundestagswahl 2017



Quellen: eigene Zusammenstellung aus IParl-Beobachtungsprotokollen, Internetpräsenz der Kandidaten und Presseberichterstattung, Anzahl der bisher aufgestellten Listenbewerber auf aussichtsreichen Listenplätzen.

Zum Umfang der tatsächlichen personellen Erneuerung lässt sich festhalten, dass eine Reihe neuer Gesichter für die Partei antritt, die nicht durch die zahlreichen Wahlniederlagen der Jahre 2010 bis 2014 belastet ist.⁴⁷ Unter den bereits aufgestellten 89 Kandidaten auf den oberen Listenplätzen befinden sich nur 16 ehemalige Bundestagsabgeordnete. Diese gehörten während der Legislaturperiode von 2009 bis 2013 nicht zum Spitzenpersonal und kandidierten 2013 eher auf hinteren Listenplätzen für den Bundestag. Es liegt also nahe, anzunehmen, dass nun ein Teil

der vormaligen zweiten oder sogar dritten Reihe der Fraktion in den Bundestag zurückdrängt. Dabei handelt es sich um Parteivertreter, die zwar Bundestagserfahrung mitbringen, aber kaum durch die elektorale Negativ-Performanz der FDP bei der Bundestagswahl 2013 belastet sind.⁴⁸ Einiges deutet darauf hin, dass sie selbst kein Interesse daran haben, sich mit der Wahlniederlage 2013 in Verbindung bringen zu lassen. Beispielsweise wird in ihren Bewerbungsreden auf den jeweiligen Listen-Aufstellungsversammlungen die frühere Mitgliedschaft im Bundestag so gut wie nicht erwähnt.⁴⁹

- 1| *Siehe Brettschneider 2002; Gschwend/Zittel 2015: 339; Jun/Höhne 2007: 93f.; Kaase 1994: 213f.; Vetter/Gabriel 1998.*
- 2| *Siehe am Beispiel der FDP Theis 2007: 87.*
- 3| *Vgl. Roberts 1988: 95.*
- 4| *Ausnahmen von dieser Regel sind selten. Während 1949 noch zwölf, 1953 immerhin 14 und 1957 nur noch ein Liberaler ein Direktmandat erringen konnte, wurde erst 1990 mit Uwe Lühr der vorläufig letzte FDP-Kandidat direkt in den Bundestag gewählt.*
- 5| *Siehe Höhne 2017. Vgl. dazu ferner die Einschätzung von Johannes Vogel, Generalsekretär der FDP Nordrhein-Westfalen, in einem IParl-Experteninterview: „[...] weil es noch nicht vorgekommen ist, das habe ich nicht erlebt auf der Landeslistenaufstellung und ich erinnere mich auch an keinen Fall, dass jemand an irgendeiner Stelle im Prozess eingestiegen ist, geschweige denn am Ende gewählt worden ist, der keinen Wahlkreis hatte. Obwohl in der FDP Wahlkreise in aller Regel nicht direkt gewonnen werden. Das heißt sozusagen bei allen Entscheidungsschritten und nicht nur beim letzten Schritt auf dem Landesparteitag ist es Usus, dass die Leute sagen, die Bedingung ist schon, dass du vor Ort deine Leute überzeugt hast im Wahlkreis. [...] Faktisch hat nur der eine Chance, der auch einen Wahlkreis hat“ (IParl-Experteninterview bei der Landeslistenaufstellung der FDP Nordrhein-Westfalen mit Johannes Vogel, geführt am 20.11.2016 in Neuss).*
- 6| *Nicht berücksichtigt wurde die FDP in Schleswig-Holstein, da ihre Liste zum Bearbeitungsstand dieser Studie noch nicht aufgestellt war. Es wird vermutet, dass das liberale Urgestein Wolfgang Kubicki (Jg. 1952), nachdem er die Freien Demokraten schon in den Landtagswahlkampf führte, auch als Spitzenkandidat zur Bundestagswahl in Schleswig-Holstein nominiert werden wird.*
- 7| *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Baden-Württemberg, 19.11.2016 in Donaueschingen, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- 8| *Vgl. auch Höhne 2013: 202.*
- 9| *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Bayern, 25.03.2017 in Bad Neustadt an der Saale, IParl-Forschungsprojekt zur Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 2016/17, Halle/Saale.*

- 10| Huber 2016.
- 11| vgl. *Der Tagesspiegel* 2017.
- 12| Siehe rbb 24 2016.
- 13| Siehe Theiner 2016.
- 14| vgl. *Nordwest-Zeitung* 2017.
- 15| *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Hamburg, 18.11.2016 in Hamburg, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- 16| Siehe *Welt.de* 2016.
- 17| Siehe *Frankfurter Neue Presse* 2017.
- 18| *Gala* 2015.
- 19| *IParl-Beobachtungsbogen zur Landeslistenaufstellungsversammlung der FDP Mecklenburg-Vorpommern, 01.04.2017 in Rostock, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestagskandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- 20| Siehe Reichenbachs 2016.
- 21| *IParl-Beobachtungsbogen zur Landeslistenaufstellungsversammlung der FDP Niedersachsen, 25./26.03.2017 in Ganderkesee, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestagskandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- 22| Vgl. *Welt.de* 2017b.
- 23| Siehe *Der Spiegel* 2016: 26.
- 24| Vgl. *Welt.de* 2017.
- 25| *Höhne/Cronqvist* 2010: 172.
- 26| Siehe dazu Kapitel „*Programmatische Neuaufstellung: Liberalismus, der Mut machen soll*“.
- 27| *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Rheinland-Pfalz, 12.11.2016 in Nackenheim, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- 28| Siehe Haufe 2016.
- 29| Siehe Keilholz 2017.
- 30| Siehe Locke 2017.
- 31| Siehe *Volksstimme* 2016.
- 32| *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Sachsen-Anhalt, 09.04.2017 in Lutherstadt Wittenberg, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- 33| Siehe *Welt.de* 2017a.
- 34| Siehe *MDR Thüringen* 2017.
- 35| Siehe *Höhne* 2013: 258-260.
- 36| *Die FDP erreichte im Bundesschnitt mit 14,6 Prozent der Zweitstimmen und 93 Bundestagsabgeordneten ihr historisch bestes Ergebnis. Auch wenn dieses Stimmergebnis mit höchster Wahrscheinlichkeit für die FDP zur Bundestagswahl 2017 nicht realisierbar sein wird (aktuelle Umfragen taxieren die Partei zwischen 5 und 7 Prozent, siehe: <http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm>, zuletzt geprüft am 10.04.2017), dienen die damals auf jede Landesliste entfallenen Mandate für die folgende Betrachtung als Grundlage. Die Zahl der für die FDP potentiell erreichbaren Mandate hängt nicht nur von ihrem eigenen Stimmergebnis, sondern auch von den Ergebnissen der anderen Parteien, dem Ausmaß des Stimmsplittings und der Wahlbeteiligung ab. Zudem kommt seit bei Bundestagswahlen ein erweiterter Stimmverrechnungsmechanismus zur Anwendung, der unter anderem den Ausgleich von Überhangmandaten durch Ausgleichsmandate vorsieht. Dadurch ist eine Bundestagsgröße von über 700 Mandaten nicht mehr unrealistisch (siehe Weimann 2013: 739).*
- 37| Vgl. *Feldkamp* 2014: 7.
- 38| Siehe *Niedermayer* 2016: 420.
- 39| Siehe *ebd.*

- 40| Vgl. Reiser 2014: 59.
- 41| Manow/Flemming 2012: 773.
- 42| Siehe Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 zum 31.12.2015, [https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/Durchschnittsalter_Zensus.html;jsessionid=65CF28A2996D7DF50CCA0DEA05C7775B.cae1](https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/Durchschnittsalter_Zensus.html;jsessionid=65CF28A2996D7DF50CCA0DEA05C7775B.cae1, zuletzt geprüft am 28.02.2017), zuletzt geprüft am 28.02.2017.
- 43| Siehe Niedermayer 2016: 425.
- 44| Siehe hierzu bezogen auf Spitzenkandidaten Brettschneider 2006: 110.
- 45| Siehe Feldkamp 2011: Kapitel 3.2.
- 46| *Programmatisch hat sich die Partei in den letzten Jahren mehrmals mit dem Thema befasst. Seit 2015 wurden drei Beschlüsse seitens des Bundesvorstands zu diesem Themenspektrum verabschiedet: „Deutschland braucht eine neue Gründerkultur“ (Beschluss vom 16.02.2015), „Ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt voranbringen“ (Beschluss vom 15.06.2015), „Impuls für eine neue Gründerzeit“ (Beschluss vom 15.06.2016).*
- 47| *Hagen Reinhold, Spitzenkandidat der FDP Mecklenburg-Vorpommern: „Ich sag mal so, die Fraktion 2-9 bis 2-13 hatte schon einen großen Anteil daran, dass wir rausgeflogen sind. Wer wenn nicht die waren die handelnden Protagonisten? Keine Frage“ (IParl-Experteninterview bei der Landeslistenaufstellung der FDP Mecklenburg-Vorpommern mit Hagen Reinhold, geführt am 01.04.2017 in Rostock).*
- 48| *Zur Auswahl von Kandidaten mit vorheriger Bundestagsmitgliedschaft beispielsweise Daniel Föst, Spitzenkandidat FDP Bayern: „Was uns wichtig ist, ist das Potential und auch die Demut, wenn man im Bundestag war: Ja, wir haben Fehler gemacht. Ich weiß, das und das ist schlecht gelaufen. Das ist für die Partei wichtig und ist wichtig gewesen. [...] Nicht jeder Bundestagsabgeordnete aus der Fraktion 2009 bis 2013 war ja per se der größte Heini oder der größte Fehltritt, sondern auch da trennt sich die Spreu vom Weizen. Die Guten brauchen wir und die schlechten kommen ins Kröpfchen.“ (IParl-Experteninterview bei der Landeslistenaufstellung der FDP Bayern mit Daniel Föst, geführt am 25.03.2017 in Bad Neustadt an der Saale).*
- 49| *Bezeichnenderweise hat laut IParl-Beobachtungsprotokollen zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17 ausschließlich der bei seiner Bewerbung unterlegene Aspirant Burkhardt Müller-Sönksen seine frühere Bundestagsmitgliedschaft explizit erwähnt (siehe: IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Hamburg, 18.11.2016 in Hamburg, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale; siehe entsprechend auch: IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Baden-Württemberg, 19.11.2016 in Donaueschingen, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale; IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Nordrhein-Westfalen, 20.11.2016 in Neuss, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale; IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Rheinland-Pfalz, 12.11.2016 in Nackenheim, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale; IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Sachsen-Anhalt, 09.04.2017 in Lutherstadt Wittenberg, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale; IParl-Beobachtungsbogen zur Landeslistenaufstellungsversammlung der FDP Niedersachsen, 25./26.03.2017 in Ganderkesee, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestagskandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale; IParl-Beobachtungsbogen zur Landeslistenaufstellungsversammlung der FDP Mecklenburg-Vorpommern, 01.04.2017 in Rostock, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestagskandidatenauf-*

stellung 2016/17, Halle/Saale; IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Bayern, 25.03.2017 in Bad Neustadt an der Saale, IParl-Forschungsprojekt zur Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 2016/17, Halle/Saale).

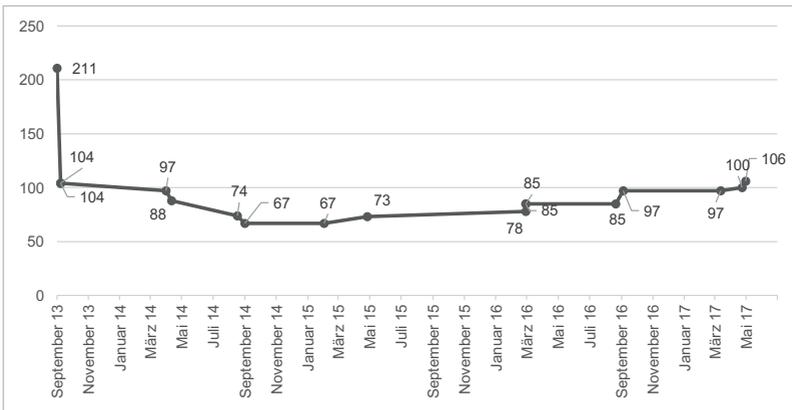
ORGANISATORISCHE NEUAUFSTELLUNG: RE-PROFESSIONALISIERUNG UND PARTIZIPATIONSAUSBAU EINER HONORATIORENPARTEI

Organisationsreformen begleiten Parteien, zumindest die anpassungsbereiten, über ihren ganzen Lebenszyklus hinweg.¹ Die FDP hatte bereits die Oppositionsphase im Bund zwischen 1998 und 2009 zur Regeneration genutzt und sich das Ziel der Imageaufpolierung hin zu einer „jungen, dynamischen und unverbrauchten Partei“² gesetzt. Jedoch wurde dieses Ziel nicht durch parteiinterne Strukturveränderungen untersetzt, so dass der angestrebte Wandel letztlich auf halber Strecke stehen blieb.³

Der Rausfall aus dem Bundestag 2013 duldete keinen neuerlichen Aufschub. Eine sorgfältige Parteireform war das Gebot der Stunde. Zunächst musste die Partei aber lernen, mit weniger professionellem und ehrenamtlichem Personal, reduzierten finanziellen Mitteln und einer drastisch gesunkenen medialen Wahrnehmung auszukommen. Die Gesamtanzahl der liberalen Vollzeit-Mandatsträger – im Europäischen Parlament, Bundestag und in den 16 Landesparlamenten – halbierte sich am 22. September 2013 schlagartig von 211 auf 104 (siehe Abbildung 2).⁴ 93 Bundestagsmandate und 14 Parlamentssitze in Hessen, wo am selben Tag wie die Bundestagswahl der Landtag neu gewählt wurde, gingen verloren. Wenige Zeit danach musste auch noch der Wegfall von rund 500 Mitarbeiterstellen verbucht werden.⁵ Zudem dezimierte sich die

Mitgliederzahl um rund 20.000 bzw. knapp 30 Prozent zwischen 2009 und heute. Die staatliche Wahlkampfkostenerstattung für die Wählerstimmen zur Bundestagswahl reduzierte sich um rund zwei Drittel, was den Druck erhöhte, einer weiteren Verschuldung der Bundespartei einen Riegel vorzuschieben.⁶ Die Medien zeigten kaum noch Interesse an der FDP, nicht einmal in satirischen Beiträgen.

Abbildung 2: FDP-Mandatsträger auf der Europa-, Bundes- und Landesebene zwischen der Bundestagswahl 2013 und der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2017



Quelle: eigene Berechnung nach Angaben der Landeswahlleiter

Eine Ausnahme machte lediglich die kommunale Ebene. Auch bei der FDP fungiert sie als Stabilitätsanker in stürmischen Zeiten.⁷ Sie erlaubt es Politikerinnen und Politikern, der eigenen Partei unabhängig von der politischen Großwetterlage im Bund ein Gesicht zu geben und Handlungskompetenz zu demonstrieren.⁸

Auf der Landes- und der Bundesebene musste sich die FDP einer strengen Rosskur unterziehen. Zugleich sollte der durch Wahlschlägen angezählte Parteiapparat re-professionalisiert werden, um Kampagnenfähigkeit wiederherzustellen. Weitere Reformziele waren die Schaffung einer wirksamen und die Partizipation fördernden Parteiarbeit, zugleich eine verbesserte parteiinterne Durchsetzungskraft der Bundesspitze, die Rekrutierung elektoral und medial anziehenden Personals für Spitzenpositionen und eine Abkehr vom Liberalismusverständnis der Westerwelle-Ära.⁹

Die Maßnahmen wurden zentral auf den Weg gebracht. Die Mitarbeiterstellen in der sowieso schon eher unterfinanzierten Bundesgeschäftsstelle wurden um ungefähr die Hälfte auf rund 20 reduziert.¹⁰ Gespart wurde auch bei den Bundesparteitagen, vor allem an der Örtlichkeit, kaum jedoch an deren medienwirksamer Inszenierung. Überhaupt wird der FDP eine geschickte Medienarbeit bescheinigt.¹¹ Für drei der vier seit ihrem unfreiwilligen Abschied aus dem Bundestag abgehaltenen Bundesparteitagen wählten die Liberalen die Berliner Location STATION – eine alte Fabrikhalle, die neben Kosteneinsparungen gegenüber teureren Tagungsorten einen gewissen Charme des Unkonventionellen, Ungewöhnlichen und Ursprünglichen versprüht und von daher auch mediales Interesse weckt.

Bei den Wahlkampfausgaben wurden unterschiedliche Taktiken verfolgt. Für die Landtagswahlkämpfe mussten Einsparpotentiale genutzt werden. Ehrenamtliches Engagement und Eigeninitiative der Parteimitglieder waren genauso angesagt und willkommen wie die horizontale (Landesverbände untereinander) und die vertikale (Engagement des Bundesverbands in wahlkämpfenden Landesverbänden) Wahlkampfunterstützung. Für den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 wurde eine von den Landesverbänden zu entrichtende, auf drei Jahre befristete Sonderumlage für den Bundesverband beschlossen, so dass 2017 in etwa genauso viel Geld zur Verfügung stehen wird wie für die Bundestagswahl 2013.¹²

Ein weiterer Reformstrang – der Ausbau der Binnendemokratie – umfasst im Wesentlichen Folgendes:

- ‚Einfache‘ Mitglieder und eben nicht nur die Delegierten können sich bei bestimmten Themen des Bundesparteitags einbringen und mitdiskutieren.¹³ Allerdings befindet sich diese Aufwertung von Mitgliedern gegenüber den Delegierten noch im Probetrieb – die innerparteiliche Evaluation und satzungsrechtliche Verankerung steht aus.
- Der oder die Spitzenkandidatin zur Bundestagswahl kann durch eine Urwahl gewählt werden (§ 21 Abs. 1 Bundessatzung der FDP). Ausdrücklich ausgeschlossen wurden dagegen Mitgliederentscheide bei der Aufstellung von Bewerbern für öffentliche Wahlen (§ 21 Abs. 2 Bundessatzung der FDP).¹⁴
- Auch bei Sachthemen wurde die direkte Demokratie als eine Komponente der innerparteilichen Willensbildung gestärkt. Die Mindestbeteiligungszahl für Mitgliederentscheide wurde herabgesetzt (Quorum).

Die Stimmabgabe kann neben der klassischen Briefwahl nun auch online-basiert oder durch dezentralisierte Präsenzwahl bzw. in einer Kombination dieser drei Instrumente erfolgen (§ 21 Abs. 4 Bundesgesetz der FDP).

- Die Bundesfachausschüsse wurden gestärkt.

Diese vergleichsweise weitreichenden Neuerungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass (auch) in der FDP, besonders innerhalb der Funktionärsschicht, Vorbehalte gegenüber der Stärkung von Basisdemokratie bestehen. Vertreter dieser Gruppe warnen vor einer „Überbewertung der Beteiligung und einer Entwertung des Parteiamentes“.¹⁵ Nicht zuletzt aufgrund der Skepsis der mittleren Führungsschicht kann derzeit keineswegs als ausgemacht gelten, dass durch die erweiterten Mitspracherechte für die ‚einfachen‘ Parteimitglieder die angestrebte Profilierung als ‚Mitmachpartei‘ gelingt. Dafür bedarf es eben nicht nur einer rechtlichen Ermöglichung, sondern auch einer gelebten Praxis.

Verständnis und breite Unterstützung für die Neuerungen in der Parteiarbeit finden sich unter allen Mitgliedern,¹⁶ wozu der Parteivorsitzende Lindner maßgeblich beitrug, indem er seiner Partei Mut machte, sie mental aufrichtete und Orientierung bot. Negative Erscheinungen der De-Professionalisierung wurden durch den speziellen Organisationstypus der FDP abgemildert. Dieser gleiche einer liberalen Honoratiorenpartei,¹⁷ in der „Parteieliten, insbesondere die Mitglieder der Parlamentsfraktionen und – so vorhanden – ihre Regierungsmitglieder“ tonangebende Entscheidungsträger seien.

Einhergehend mit der Elitenprägung ist der Organisationsapparat nur schwach ausgeprägt. Die innerparteiliche Partizipationskultur trägt eher passive Züge.¹⁹ Konflikte zwischen ‚Parteioberen‘ und der ‚Parteibasis‘, wie sie in anderen Parteien – vor allem bewegungsnahen – an der Tagesordnung sind, sind in der FDP die Ausnahme. Vielerorts ist man froh über jeden, der sich einbringt und so relativ schnell Verantwortung übernehmen kann. Diese innerparteiliche Partizipationskultur steht auch in einem Zusammenhang zur dünnen Mitgliederbasis einer „Mitgliederkleinpartei“²⁰, wengleich die FDP mit gut 50.000 Mitgliedern die größte der in der laufenden Wahlperiode nicht im Bundestag vertretenen Parteien ist.²¹

Tabelle 3: Mitglieder-, Delegierten- und Finanzverteilung

Landesverband	Mitglieder		Delegierte auf dem Bundesparteitag		Mitgliedsbeiträge	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	in Euro	in Prozent
Baden-Württemberg	6.451	12	95	14,4	833.995,75	13,3
Bayern	5.012	9,3	84	12,7	531.822,56	8,5
Berlin	2.639	4,9	26	3,9	305.357,25	4,9
Brandenburg	1.141	2,1	13	2	161.534,08	2,6
Bremen	301	0,6	4	0,6	37.838,00	0,6
Hamburg	1.161	2,2	14	2,1	157.272,74	2,5
Hessen	5.478	10,2	62	9,4	654.920,00	10,4
Mecklenburg-Vorpommern	704	1,3	7	1,1	70.240,46	1,1
Niedersachsen	5.282	9,8	62	9,4	544.084,00	8,7
Nordrhein-Westfalen	13.921	25,8	165	24,9	1.717.339,18	27,4
Rheinland-Pfalz	4.021	7,5	44	6,6	401.060,42	6,4
Saarland	1.048	1,9	9	1,4	108.134,45	1,7
Sachsen	1.879	3,5	23	3,5	216.660,32	3,5
Sachsen-Anhalt	1.210	2,2	12	1,8	137.509,62	2,2
Schleswig-Holstein	2.054	3,8	28	4,2	233.798,84	3,7
Thüringen	1.181	2,2	12	1,8	109.483,77	1,7
Auslands-/bundesunmittelbare Mitglieder	413	0,8	2	0,3	49.291,69	0,8
Gesamt	53.896	100	662	100	6.270.343,13	100

Anmerkungen: eigene Berechnung der Prozentwerte; Stand der Mitgliedsdaten: 31. Dezember 2016; die Delegiertenstimmen der Landesverbände, gültig für den Zeitraum vom 1. Mai 2017 bis 30. April 2019, berechnen sich aus der jeweiligen Mitgliederzahl am 31. Dezember 2016 und der Wählerstimmenzahl bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 (siehe § 13 Abs. 3 Bundessatzung der FDP); die Mitgliedsbeiträge beinhalten auch die nachgeordneten Gebietsverbände des jeweiligen Landesverbands

Quellen: Angaben der FDP-Bundesgeschäftsstelle, Rechenschaftsbericht der FDP für das Jahr 2014

Für die Durchsetzung einer innerparteilichen Reformagenda bedarf es in den föderalen Parteien der Bundesrepublik Deutschland der Unterstützung seitens der Landesverbände. Auch bei der FDP verteilt sich innerparteiliche Macht in erster Linie entsprechend deren Mitgliederstärke, die sich innerhalb der Landesparteien weiter ausdifferenziert in Kreisverbände bzw. in Berlin und Hamburg in Bezirksverbände. Unter den 16 Landesparteien ist Nordrhein-Westfalen am mächtigsten (siehe Tabelle 3). Dort hat die Partei knapp 14.000 Mitglieder. Dem Bundesvorsitzenden kommt im Hinblick auf seine innerparteiliche Durchsetzungsstärke zugute, dass er zugleich die nordrhein-westfälischen Liberalen anführt.

Mit Abstand folgen der gut 6.000 Mitglieder starke Verband in Baden-Württemberg und die bayerischen Liberalen mit ihren rund 5.000 Mitgliedern. Unter Führung der NRW-FDP kommen sie auf mehr als die Hälfte der 662 Delegierten des Bundesparteitags und können die Geschicke der Bundespartei, auch gegen Widerstände, in die Hand nehmen (siehe Tabelle 3). Kritische Stimmen aus einzelnen Landesverbänden gegenüber dem Kurs der Bundespartei, wie sie zuletzt gelegentlich aus Sachsen – der Verband stellt derzeit 23 Delegierte auf dem Bundesparteitag – zu vernehmen waren,²² sollten vor diesem Hintergrund in ihrem Einfluss nicht überschätzt werden. Zu erwähnen ist schließlich noch die Auslandsgruppe Europa (AGE) und der im Jahr 2000 gegründete Internet-Landesverband (FDP LV Net), die aber beide machtpolitisch ohne Belang sind.

Wirft man einen Blick auf die Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge bietet sich ein ähnliches Bild (siehe Tabelle 3). Der nordrhein-westfälische Landesverband und seine nachgeordneten Gebietsverbände erbringen mit 1,7 Millionen Euro mehr als ein Viertel des Aufkommens an Mitgliedsbeiträgen. Diese waren mit insgesamt 6,3 Millionen Euro im Jahr 2014 nach den staatlichen Mitteln in Höhe von 9,2 Millionen Euro die zweitwichtigste Einnahmequelle der FDP. Durch den Verlust der Parlamentssitze im Bund haben sich die Mandatsträgerbeiträge von 2013 auf 2014 spürbar reduziert. Drastisch zurückgegangen sind auch die staatlichen Mittel, die zu einem Teil an das Abschneiden bei Wahlen geknüpft sind, sowie die Spenden von natürlichen und juristischen Personen, die ebenfalls staatlich bezuschusst werden.²³

Eine parteiinterne Segmentierung nach inhaltlichen Gesichtspunkten, wie sie für Strömungsparteien typisch ist, liegt nicht mehr vor. Einst wies die FDP einen national-liberalen und einen sozial-liberalen Flügel auf, mit Kontinuitätslinien bis in die Weimarer Republik und das Deutsche Kaiserreich hinein.²⁴ Diese Flügel wurden durch den Koalitionseintritt bzw. -wechsel in den Jahren 1969 und 1982 geschliffen, begleitet von einer Parteiaustrittswelle, unter anderem auch namhafter Liberaler.²⁵

Seit dem Abschied von National- und Sozialliberalen verfügt die homogenisierte Partei nur noch im Wirtschaftsliberalismus über Profil.²⁶ Dieser wiederum kann in mindestens zwei Spielarten ausdifferenziert werden, die entweder die Kräfte des freien Marktes betonen – wie bisher innerhalb des sächsischen Landesverbandes²⁷ – oder aber in der Traditions-

linie der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards stehen. Da die erste Spielart eine Minderheitsposition darstellt, wohingegen die zweite den innerparteilichen Mainstream widerspiegelt, kann von Flügeln im Sinne einer mehr oder minder ausgewogenen Machtbalance zwischen unterschiedlichen ideologischen Anschauungen innerhalb der liberalen Partei nicht die Rede sein.

Die letzte größere innerparteiliche Kontroverse war ein fiskalpolitisches Thema. Eine Gruppe um den Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler hatte 2011 einen Mitgliederentscheid gegen die dauerhafte Installation des Euro-Rettungsschirms ESM initiiert. Dieser hatte aber das notwendige Beteiligungsquorum knapp verfehlt, zudem war er einem Alternativantrag der Parteiführung mit 45 zu 55 Prozent unterlegen.²⁸ Euroskeptische Positionen sind seither in die Defensive geraten, auch weil sie von Lindner nicht unterstützt werden.²⁹

Schließlich untergliedert sich die FDP, wie in den deutschen Parteien generell üblich, auch noch entlang inhaltlicher Schwerpunkte in verschiedene Unterorganisationen. Die aktuell 15 vom Bundesvorstand eingesetzten Bundesfachausschüsse³⁰ und zwei Kommissionen³¹ üben eine beratende Funktion für die Bundespartei aus. Ihren Mitgliedern dienen sie zum Aufbau und zur Pflege von Netzwerken über Landesparteilgrenzen hinweg. Ihre machtpolitische Bedeutung ist im Gefüge der Gesamtpartei eher gering. Darüber hinaus bestehen Neben- oder Vorfeldorganisationen. Diese sind finanziell von der FDP unabhängig, weisen aber mehr oder minder starke Bezüge zu ihr auf. Zu den bekanntesten gehören die Jungen Liberalen (JuLis), die rechtlich und organisatorisch eigenständige Jugendorganisation der FDP. Weitere sind die Vereinigung liberaler Kommunalpolitiker (VLK), die Liberalen Senioren (LiS), die Liberale Initiative Mittelstand (LiM), die Liberalen Frauen und die Liberale Hochschulgruppe (LHG).³²

- 1| Vgl. dazu Patton 2015: 180f.
- 2| Vorländer 2007: 277.
- 3| Siehe Höhne 2013: 146f.
- 4| Mit der Landtagswahl in Schleswig-Holstein erreicht die Partei bundesweit wieder die Marke von 100 Mandatsträgern (siehe Abbildung 1).
- 5| Siehe Niedermayer 2015b: 127; Patton 2015: 179.
- 6| Zur Haushaltssituation der FDP vgl. Vorländer 2013a: 505.
- 7| Vgl. Theis 2007: 83.
- 8| Vgl. Treibel 2014: 90f.
- 9| Siehe dazu Kapitel „Programmatische Neuaufstellung: Liberalismus, der Mut machen soll“.
- 10| Siehe Patton 2015: 190.
- 11| Siehe Montag 2015b: 4.
- 12| Siehe Montag 2015a: 3f., 8f., 13.
- 13| Siehe Montag 2013.
- 14| Einzelne Kreisverbände bestimmen ihren Direktkandidaten dennoch per Urwahl (siehe beispielsweise die Aufstellung des Bundestagsdirektkandidaten der FDP Coesfeld: <https://www.fdp-kreis-coesfeld.de/2016/09/02/daniel-fahr-ist-bundestagskandidat>, zuletzt geprüft am 23.02.2017).
- 15| Montag 2014: 5.
- 16| Vgl. dazu auch Höhne 2015: 34f. Zur Typologisierung der FDP vgl. auch Wiesendahl 2006: 30f.
- 17| Felix Butzlaff (2017: 170) beschreibt die liberale Honoratiorenpartei des 19. Jahrhunderts folgendermaßen: „Nicht die Strukturmacht der Organisation versprach Erfolg, nicht die Einigkeit der vielen Ohnmächtigen, sondern die außerpolitische Autorität der Person. Kein hierarchisch gegliederter Aufbau dauerhafter Basisebenen mit einem stabilen Geflecht politischer Vorfeldorganisationen sicherte die liberale Präsenz und Einfluss auf die Mitglieder, sondern eine lose Verbindung zumeist ehrenamtlicher Funktionsträger fand anlässlich von Wahlen in ad-hoc-Organisationen zusammen, um Kandidaten aufzustellen und ihre Interessen vertreten zu sehen. Zusammen gebunden waren diese durch mehr lose Grundsätze und nicht durch ein verbindliches Programm oder einen scharf sezierenden Entwurf einer neuen Gesellschaftsordnung.“
- 18| Alemann/Spier 2009: 44.
- 19| Vgl. Hallermann 2003: 133.
- 20| Wiesendahl 2006: 27.
- 21| Siehe Niedermayer 2016: 416.
- 22| Siehe Montag 2014: 6f.
- 23| Für einen detaillierten Überblick siehe den Rechenschaftsbericht der FDP für das Jahr 2014.
- 24| Siehe Dittberner 2010: 228, 277-296; vgl. ferner Conze/Scholtzseck/Weede 2016; Grothe/Frölich/Kieseritzky 2016.
- 25| Vgl. Treibel 2014.
- 26| Vgl. Butzlaff 2017: 174.
- 27| Vgl. Illing 2015.
- 28| Siehe Decker 2015a: 213f.
- 29| Siehe Montag 2014: 4.
- 30| Die Bundesfachausschüsse (ebenso die Liberalen Foren und Kommissionen)

wurden auf dem Bundesparteitag im Mai 2015 in Berlin gestärkt. Sie verfügen seither über ein Antrags- und Entschließungsrecht zum Bundesparteitag (siehe § 22 Abs. 5 Bundessatzung der Freien Demokratischen Partei). Bundesfach-ausschüsse wurden zu folgenden Themen eingesetzt: Internationale Politik; Wirtschaft und Energie; Finanzen, Steuern und Haushalt; Landwirtschaft und Ernährung; Arbeit und Soziales; Gesundheit; Justiz, Innen, Integration und Verbraucherschutz; Bildung, Forschung und Technologie; Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit; Medien, Internet und digitale Agenda; Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Verkehr; Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften; Kultur; Sport.

- 31| Dies sind: Freiheit und Ethik sowie die AG Parteientwicklung, die bereits am 20.04.2012 und damit vor der Schicksalswahl im September 2013 einberufen wurde, danach aber erheblich an Bedeutung gewonnen hat.
- 32| Zum Stellenwert der liberalen Vorfeldorganisationen innerhalb der FDP siehe Treibel 2014: 105-108.

PROGRAMMATISCHE NEUAUFSTELLUNG: LIBERALISMUS, DER MUT MACHEN SOLL

Die FDP betont wie keine andere Partei in Deutschland die Freiheit und Eigenverantwortung des Individuums. Zugleich bekennt sie sich zu einem demokratischen Staat, der für Soziale Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit eintritt.¹ Diese Positionen sind in den Karlsruher Freiheitsthesen des Jahres 2012 – dem derzeit gültigen Grundsatzprogramm – verankert.² Darin finden sich auch Aussagen zu „eher linksliberalen Prinzipien wie Fairness, Emanzipation oder Toleranz“.³ Obwohl sie im damaligen Programmgebungsprozess öffentlich kaum wahrgenommen wurden,⁴ boten sie eine geeignete Basis für die – parteiintern nicht ganz unumstrittene – programmatische Substanzmehrung, die von Philip Rösler (Parteivorsitzender von 2011 bis 2013) begonnen und von Christian Lindner weiter vorangetrieben wurde. Lindner steht „für einen sozialliberal angehauchten Liberalismus, der sich auch in der prinzipiellen koalitionsstrategischen Öffnung zur SPD und den Grünen ausdrückt“.⁵

Jahrzehntelang konnte sich die FDP damit rühmen, die Partei mit der längsten Regierungserfahrung im Bund zu sein. In der laufenden Wahlperiode hat sie diesen Ausweis politischer Solidität jedoch an die Union verloren, nachdem sie bereits zwischen 1998 und 2009 nicht mehr Teil der Bundesregierung war. Damit ging die Infragestellung des Selbstverständnisses als ‚natürliche‘ Regierungspartei einher. Zwei Aspekte waren für ihre parteiensystemische Sonderstellung entscheidend: zum einen ihre

mehr oder minder beidseitig offene Mittellage im einstigen Zweieinhalbparteiensystem, zum anderen ihr bis heute ungebrochener Wille zur Macht.

Unabhängig davon, ob die FDP ein Mitte-Rechts- oder ein Mitte-Links-Bündnis einging, immer gehörte die Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik zu ihrem Kernprofil. Dass dieses seit 2010 Schaden genommen hat⁶ – eine Auffassung die auch parteiintern geteilt wird⁷ –, ist ein gravierendes Problem für ihren elektoralen Zuspruch.

Ohnehin hat sie schon seit Jahrzehnten mit der Wahrnehmung als „Funktionspartei“⁸ zur Mehrheitsbeschaffung entweder für CDU/CSU oder SPD zu kämpfen. Dazu gesellte sich bereits Anfang der 1960er Jahre das Stigma der „Umfallerpartei“⁹. In jüngerer Vergangenheit fand dieser Terminus Anklang bei Wählerinnen und Wählern, die liberal gewählt hatten, um entweder ein wirtschaftspolitisch sachverständiges oder aber ein bürgerliche Freiheitsrechte schützendes Korrektiv in der konservativ geführten Regierungskoalition zu schaffen, aber diese Erwartungshaltung letzten Endes nur unzureichend bedient sahen.

Um die derzeitige Misere der FDP zu verstehen, hilft ein Blick auf die Bundestagswahl 2009. Im Wahlkampf hatte man sich vehement für Steuersenkungen eingesetzt, die Teil einer „populistischen Grundphilosophie“¹⁰ waren. Diese Botschaft war nicht nur an die klassische liberale Kernklientel wie den Mittelstand, sondern auch an niedrige Einkommenschichten adressiert. Der Leitslogan lautete schlicht ‚Mehr Netto vom Brutto‘. Auch individuelle Leistung sollte sich ‚wieder lohnen‘. Diese Wahlkampfversprüche trugen mit dazu bei, dass die Liberalen mit 14,6 Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen einen historischen Wahlerfolg feiern konnten. Eingelöst wurde das Versprechen der steuerlichen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht.¹¹ Genauso wenig wurde das Steuersystem effizienter, überschaubarer oder gerechter. Stattdessen blieb die ursprünglich von der CSU verlangte Verringerung des Mehrwertsteuersatzes für ‚Hoteliere‘ einer breiten Öffentlichkeit in Erinnerung – und zwar als Klientelpolitik für finanzielle Unterstützer der Partei.¹² Fatal daran war auch, dass diese Gratifikation zum Klischee der FDP als Partei der Besserverdienenden passte.

Gegenüber der Ausrichtung der Partei unter ihrem damaligen Vorsitzenden Guido Westerwelle (Jg. 1961, † 2016) auf einen Schmalspur-Wirt-

schaftsliberalismus, der kaum durch erkennbare liberale Parteipositionen im Bereich der Gesellschaftspolitik bereichert worden war, wurden schon bald nach der Bundestagswahl 2009 innerparteiliche Bedenken laut, insbesondere seitens des aufstrebenden Parteien Nachwuchses um den damaligen Generalsekretär Christian Lindner.¹³ Ende 2011 trat er zurück, was ihm ausreichend Abstand für seinen Aufstieg zum Parteivorsitzenden Ende 2013 verschaffen sollte. Er sollte schließlich die in Mitleidenschaft gezogene Marke seiner Partei wiederaufbauen und programmatisch verbreitern.

Wie schwierig es ist, die Inhalte einer Partei in neuem Glanz erscheinen zu lassen, lässt sich am Beispiel der SPD nachvollziehen, die seit ihrer Agenda 2010 ein kaum in den Griff zu bekommendes Markenproblem hat,¹⁴ dem sich der Kanzlerkandidat Martin Schulz aber beherzt annehmen möchte.¹⁵ Auch bei der FDP ist der Prozess des programmatischen Neustarts noch längst nicht abgeschlossen. Nach wie vor sind ihre Kompetenzzuweisungen durch die Bevölkerung in den Politikfeldern Wirtschaft, Staatsfinanzen/Haushalt und Steuern geringer als vor dem Jahr 2010.¹⁶ Immerhin sind die kritischen Stimmen innerhalb der Partei gegenüber der Programmverbreiterung weithin verstummt.¹⁷

Programmatisch geht der Modernisierungskurs der FDP unter Lindner seit Anfang 2014 zunächst *Back to the Roots*. Im 2015 abgeschlossenen Leitbildprozess fanden Urgedanken des Liberalismus wie Freiheit, Wettbewerb und Leistung einen festen Platz.¹⁸ Auf diesem unverbrüchlichen Fundament möchte man sich ein innovatives und progressives Image geben. Mit dem Leitmotiv ‚Mehr Chancen durch Freiheit und Verantwortung‘ soll eine vermeintliche Angebotslücke im deutschen Parteiensystem geschlossen werden. Klassische liberale Positionen im Feld der Wirtschaftspolitik (Marktliberalismus) werden mit positiv konnotierten, nach vorn gerichteten, aber bisher eher randständig behandelten gesellschaftspolitischen Positionen verbunden (Freiheitsrechte). Nach Vorstellung Lindners soll so der Liberalismus ‚seiner‘ FDP den Menschen Mut machen, auch und gerade angesichts der vielen Unwägbarkeiten der Zukunft.

Aus diesem Ansatz wurde ein wohlklingender Programm-Cocktail gemixt, der Folgendes enthält: „weltbeste Bildung für jeden“, „Vorankommen durch eigene Leistung“, „Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“, „Freiheit und Menschenrechte weltweit“, „Politik, die rechnen kann“ und „ein unkomplizierter Staat“.¹⁹ Überhaupt setzt die FDP auf den positiv besetzten

Begriff der Chance, etwa mit ihrer Forderung nach Schaffung einer „Republik der Chancen“.²⁰ Dahinter stehen strategische Überlegungen, dass die FDP, so die Ansicht des Geschäftsführers der Parteizentrale in Berlin, als eine Partei wahrgenommen werden sollte,

- „die optimistisch in die Zukunft blickt und nicht der Vergangenheit nachtrauert;
- die grundsätzlich auf die Individualität und Leistungsbereitschaft der Menschen setzt, statt in ihnen nur hilfsbedürftige Patienten staatlicher Fürsorge zu erkennen;
- die keine Angst vor Verschiedenheit, Wettbewerb und ihrer unterschiedlichen Ergebnisse hat;
- die die Rolle der Politik in erster Linie darin sieht, diejenigen Hindernisse zur Entfaltung der Individualität und Leistungsbereitschaft der Menschen aus dem Weg zu räumen, die den Einzelnen überfordern, und keinesfalls Individualität, Vielfalt und Leistungsbereitschaft einzuebnen“.²¹

Ob die FDP ihren selbstgesetzten Erwartungen gerecht werden, ihr verbreitetes Erscheinungsbild als etwas angestaubt wirkende alt-liberale Honoratiorenpartei mittelständischer Prägung abstreifen, sich von den Folgewirkungen ihres Agierens in der Bundesregierung zwischen 2009 und 2013 erholen und sich mit der programmatischen Neuaufstellung ausreichend klar von ihren Mitbewerbern abgrenzen kann, ist noch längst nicht ausgemacht. Für die Herausbildung gleichermaßen elektoral wie medial attraktiver Alleinstellungsmerkmale ist mehr notwendig als ein paar Strategiepapiere und flott formulierte Forderungen in Hochglanzbroschüren.

Konkret plant die FDP im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 neben den Kernthemen Marktwirtschaft und Bürgerrechte die Bildungspolitik herauszustellen. Nach Auffassung des Parteivorsitzenden Lindner sei „beste Bildung für den Einzelnen [...] der Schlüssel für Selbstverwirklichung und Aufstieg“.²² Die Bildungspolitik soll angesichts des weltweiten Wettbewerbs um exzellente Bildung im Bund grundlegend reformiert werden, u.a. durch Bildungsgutscheine und mehr Kompetenzen des Bundes.²³ Innerparteilich trifft diese Wahlkampfagenda trotz einzelner Bedenken auf breite Zustimmung, so zumindest das Ergebnis einer nicht repräsentativen Online-Mitgliederbefragung 2016, an der sich nach offiziellen Angaben ca. 10.000 Mitglieder beteiligt hätten.²⁴

Zweifel sind jedoch angebracht, ob sich diese Forderung als Erfolgsbaustein erweisen wird. Schließlich würde eine Zentralisierung einen tiefgreifenden Einschnitt in den deutschen Bildungsföderalismus bedeuten. Widerstände der Bundesländer wären vorprogrammiert. Eine erneute Bringschuld würde geschaffen. Schon besser stehen dagegen die Chancen der FDP, das Politikfeld der Digitalisierung als Kompetenz für sich etablieren zu können, wie es bereits im Leit Antrag zum Bundesparteitag 2016 beschlossen wurde.²⁵ Schließlich hat sich die Piratenpartei selbst marginalisiert, mit dem Effekt, dass dieses Thema derzeit parteipolitisch nirgendwo sonst so richtig beheimatet ist.

- 1| *Zur liberalen Parteienfamilie vgl. Franzmann 2012.*
- 2| *Vgl. Treibel 2014: 186-194.*
- 3| *Jun 2015: 129.*
- 4| *Siehe Vorländer 2013b: 391.*
- 5| *Niedermayer 2015b: 128.*
- 6| *Vgl. Bieber/Roßteutscher 2014: 19, 22f.*
- 7| *Siehe Buschmann o.J.: 1.*
- 8| *Vorländer 2007: 277.*
- 9| *Schubert 2013: 107.*
- 10| *Decker 2015a: 210.*
- 11| *Vgl. Butzlaff 2017: 184f.*
- 12| *Vgl. Bieber/Roßteutscher 2014: 20f.*
- 13| *Vgl. Decker 2015b: 155.*
- 14| *Siehe Spier/Alemann 2015.*
- 15| *Siehe Bannas 2017: 2.*
- 16| *Siehe Vorländer 2014: 288; Niedermayer 2015b: 106-108.*
- 17| *Vgl. Niedermayer 2015b: 128.*
- 18| *Zum Leitbildprozess vgl. Glock 2017: 181, 190.*
- 19| *Beschluss des 66. Ordentlichen Bundesparteitags der FDP.*
- 20| *Beschluss des 66. Ordentlichen Bundesparteitags der FDP.*
- 21| *Buschmann o.J.: 8f.*
- 22| *FDP-Bundespartei 2016: 9.*
- 23| *Siehe Programmwurf der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: 4.*
- 24| *Siehe FDP-Bundespartei 2016: 12f.*
- 25| *Siehe Beschluss des 67. Ordentlichen Bundesparteitags der FDP.*

HAPPY END AUF DER OPPOSITIONSBANK?

Die FDP hat sich in den vergangenen Jahren der außerparlamentarischen Opposition neu aufgestellt, gleichermaßen personell, organisatorisch, programmatisch und hinsichtlich der Wähleransprache. Wenn man bedenkt, dass Parteien als relativ behäbige Organisationen gelten können, die etwa bei der Personalgewinnung für ihre Teilnahme an Wahlen seit Jahrzehnten weitestgehend die gleichen Verfahren praktizieren,¹ sind die in dieser Studie skizzierten Neujustierungen relativ beachtlich. Auf ihrer Suche nach einer neuen Identität, konnte die FDP – anders als bei innerparteilichen Reformen oft üblich² – eine weithin geräuschlose Anpassungsleistung realisieren.

Auf der Ebene der Motive ist die Umkehrung der De-Professionalisierung zur Re-Professionalisierung mit dem externen Schock des Rausfalls aus dem Bundestag zu erklären, der der Partei die Existenzbedrohung gestochen scharf vor Augen führte, sie zunächst lähmte, aber alsbald Kräfte des Aufbruchs freisetzte. Totgesagte leben nun mal länger – eine Binsenweisheit, die den Liberalen nur zu gut aus eigener Erfahrung bekannt ist. So begriff Christian Lindner, „politisches Wunderkind“³ und „Hoffnungsträger der Partei“⁴, die bis heute andauernde Krise als Chance. Er führte die geschwächten Freidemokraten auf einen strammen Modernisierungskurs. Die Partei dankte ihm seine Führungsbereitschaft und stellte sich in geschlossener Formation hinter ihn; sogar die unter anderen Umständen hoch kontroverse Sonderumlage für die Bundes-

partei wurde ohne Änderungen vom Bundesvorsitzenden durchgesetzt. Viel zu verlieren gab es schließlich nicht mehr. Ganz neu war diese Ausrichtung auf den Parteichef aber auch nicht, hatte es doch „in der Geschichte der FDP immer auch Phasen gegeben, in denen das freidemokratische Fußvolk die Sehnsucht nach dem großen Visionär, Tribunen und Rhetoren packte“.⁵

Zwischen den Bundestagswahlen im September 2013 und 2017 hatte die FDP eine Reihe von Wahlkämpfen in den Bundesländern und Europa (Europawahl 2014) zu bestreiten. Dass Lindners Flucht nach vorn offenbar die richtige Strategie war, zeigen die Erfolge bei den Landtagswahlen seit 2015. Bei den drei Landtagswahlen im Jahr 2014 (Brandenburg, Sachsen und Thüringen) blieb die FDP noch weit hinter ihren Erwartungen zurück und verfehlte den Einzug ins Parlament. In Brandenburg und Thüringen fiel ihr Zweistimmenanteil sogar noch geringer aus als bei der Bundestagswahl im vorhergehenden Jahr. Lediglich in Sachsen konnten die Liberalen in relativen, nicht aber in absoluten Zahlen zulegen.⁶ Entsprechend dünn war der parlamentarische Rückhalt der FDP in den Ländern im Jahr 2014. Parlamentspartei war die FDP nur noch in sechs von 16 Bundesländern (Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein).

2015 wurde eine beachtliche Trendwende vollzogen, auch wenn unklar war, wie nachhaltig sie sein würde. Im Februar und Mai jenes Jahres feierte die FDP mit dem Erhalt der Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und dem Wiedereinzug in Bremen einen überaus wichtigen Etappensieg.⁷ In beiden Stadtstaaten konnte sie im Vergleich zur jeweils vorangegangenen Bürgerschafts- und Bundestagswahl in Prozenten zulegen. Das Jahr 2016 brachte für die FDP Stimmenzugewinne bei fünf Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Der Sprung über die Sperrklauseln gelang jedoch nur für drei Landesparlamente (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Berlin). Dieses durchwachsene Ergebnis ließ die Partei vorsichtig optimistisch auf das Bundeswahljahr 2017 blicken.⁸

Festgehalten werden kann, dass die Wiedereinzüge in die westdeutschen Landesparlamente die Freidemokraten nicht nur finanziell, sondern auch personell stabilisierten. Sie gehen aus vier Jahren außerparlamentarischer Opposition gestärkt hervor. Seit 2015 steigt die Zahl ihrer Mandatsträger auf der Landesebene wieder an. Gab es 2013 noch 211 Mandatsträger,

reduzierte sich diese bis 2014 auf 67 und nahm seither bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen auf 106 zu (siehe Abbildung 2).

Die Wählerschaft der FDP hat sich nur geringfügig gewandelt. Immer noch wählen vor allem Selbständige, Angestellte und Rentner liberal. Bemerkenswert ist, dass die FDP bei den zurückliegenden Landtagswahlen nicht nur Stimmen von der Union zurückgewonnen hat, sondern auch von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Die Abkehr vom Status als Anhängsel der Union ist damit zwar noch nicht besiegelt, wohl aber ist der erste Schritt in die von der Partei erwünschte Richtung der eigenen Unabhängigkeit getan.

Ein Problem der FDP bleibt der Osten der Republik sowie perspektivisch unter Umständen zudem der ländliche Raum. In den neuen Bundesländern sitzt man in keinem Landtag mehr. Die von den Liberalen anvisierte Wählerschicht der jungen, kosmopolitischen Unternehmer und Angestellten findet sich vor allem in den Stadtstaaten bzw. Städten wieder. Ein smarter Wahlkampfstil mit hip anmutenden Aufmerksamkeitsmomenten, die offensichtliche Schwächen selbstironisch überspielen, funktioniert in größeren Städten wesentlich besser als auf dem Land. So ist nicht ohne Weiteres von der Hand zu weisen, dass sich die FDP – unbeabsichtigt – mehr und mehr zu einer urbanen Westpartei entwickeln könnte, wenngleich sie bisher in Großstädten eher schwach abschnitt.⁹

Personell verkörpert bzw. bei Wahlen personalisiert wird das Image der modernisierten FDP durch jüngere Politikertypen, die bis dahin politisch ein kaum beschriebenes Blatt waren. Viele Altvordere wurden abgewählt, dankten ab oder ordneten sich in der zweiten Reihe ein. Kaum ein Landesvorsitzender, der schon 2013 im Amt war, hat sich bis heute halten können. Im Bundestagswahlkampf 2017 präsentiert sich die FDP auf den ersten Plätzen ihrer Landeslisten jung und weiblich, auf den nachfolgenden eher traditionell. Bereits bei den jüngsten Landtagswahlen reihten sich hinter neuen Spitzenkandidaten bewährte Kandidaten ein.

Mit dieser Personalpolitik des abgestuften Personalwechsels wird nach außen zum Teil ein Bild vermittelt, das konträr zum Parteialltag ist, der nach wie vor ein Problem bei der Rekrutierung von Frauen (geringer Frauenanteil unter den Mitgliedern) und deren Förderung (keine Frauenquote) aufweist. Eine weitere Herausforderung ist die mögliche personelle Schwächung der Landesverbände. Um ein Bundestagsmandat bewer-

ben sich zahlreiche Landespolitiker der Freien Demokraten, die in den zurückliegenden Jahren am Wiederaufstieg der Partei mitgewirkt haben. Würden sie gewählt und nähmen das Mandat an, müssten bei den kommenden Landtagswahlen große Löcher mit einer dünnen Personaldecke gestopft werden.¹⁰

Der Lackmустest für die parlamentarische Wiedergeburt der FDP im Bund war die Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2017. Hätte sie den Einzug in Düsseldorf wider Erwarten verfehlt, wäre dies ein verheerendes Signal für die Bundestagswahl im September gewesen. Stattdessen steht das sehr gute Abschneiden im bevölkerungsreichsten Bundesland nunmehr für den so dringlich herbeigesehnten Aufbruch. Erfolg zieht an. Misserfolg stößt ab. Eng könnte es dennoch werden. Der Einzug in den Bundestag ist für die Wiedererlangung ihres traditionellen Status als eine der relevanten Kräfte des deutschen Parteiensystems unabdingbar.

Insofern ist der Ansatz der Parteistrategen in Düsseldorf und Berlin konsequent, alle verfügbaren Mittel und Aktivitäten auf den Bundestagswahlkampf zu konzentrieren. Auch wenn der Vorsitzende Lindner nach den jüngsten Wahlerfolgen in Bremen, Hamburg, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Berlin, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen eine Trendwende ausmacht,¹¹ wäre es brandgefährlich für die Liberalen, jene als Zeichen zu missdeuten, dass die Schlacht um die Rückkehr in die Bundespolitik schon geschlagen ist. Ganz im Gegenteil: Um jede Wählerstimme muss gekämpft werden.

Die FDP hätte von vornherein verloren, wenn nur die dezimierte Gruppe der Stammwähler zur Wahl bewegt würde.¹² Aber auch mit Wahlgeschenken (Zweitstimmen) von Anhängern anderer Parteien, insbesondere der Union und der SPD, ist in keinem nennenswerten Umfang zu rechnen. Zu kompetitiv ist der Wettbewerbsgrad des Parteiensystems; zu unwägbar ist die für taktisches Wählen wichtige Koalitionsfrage angesichts der gestiegenen Farbenvielfalt politisch denkbarer Bündnisse. Entscheidend dürfte aber sein, dass die FDP selbst mit keiner Koalitionsaussage in die Wahl gehen wird, obwohl sie ohne „glaubwürdige Koalitionspräferenz (1957/1969/2002) stets ungünstig abgeschnitten“ hat.¹³

Langfristig ist für das Überleben einer Partei ein Markenkern entscheidend, der sie elektoral unverwechselbar und anziehend erscheinen lässt.¹⁴ Auf dessen Reaktivierung bzw. Stärkung sollte sich die FDP

nach der kommenden Bundestagswahl weiter konzentrieren. Der Anfang ist gemacht. Das Profil als Partei mit Wirtschafts- und Finanzkompetenz wurde vertieft; die angestammte Kernklientel beginnt sich wieder hinter der FDP zu scharen. Während die Wahlkämpfe des Jahres 2014 noch das Bild eben jener FDP vermittelten, die man kurz vorher von der Regierungsbank in die außerparlamentarische Opposition gewählt hatte, änderte Lindner ab 2015 den Kurs. Die Kernthemen blieben relativ identisch, aber die FDP kam optimistischer daher. Als Partei jenseits des „Establishments“ konnte man provokativer angreifen und ein gewisses Protestpotential binden.

Aber dies allein reicht nicht aus. Damit der Sprung über die Fünf-Prozent-Sperrklausel nicht immer wieder zur Wackelpartie gerät, muss die FDP auch parteilich ungebundene Wählerinnen und Wähler an sich binden und sie überzeugen, für sie zu votieren. Demoskopischen Untersuchungen zufolge besteht ausreichend Potential dafür. Ob dieses jedoch – auch nur ansatzweise – ausgeschöpft werden kann, ist mit zwei großen Fragezeichen versehen. Zum ersten: Kann sich die FDP mit ihrem Angebot eines Mut machenden Liberalismus substantiell von anderen Parteien abheben oder saugt sie letztlich nur Positionen auf, die so oder so ähnlich bereits von anderen Parteien vertreten werden? Zum zweiten: Trifft dieses Angebot auf eine Nachfrage eines signifikanten Teils der Wählerschaft, auch in langfristiger und damit in einer für die Partei nachhaltigen Perspektive?

Jedenfalls wurden mit der Programmverbreiterung im gesellschaftspolitischen Bereich und der weiteren Entfernung von marktradikalen Positionen im wirtschaftspolitischen Bereich hin zu einem ‚weicheren‘ Liberalismus wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Nun kommt es erst einmal darauf an, Kurs zu halten und die elektorale Resonanz abzuwarten. Schon jetzt kann festgehalten werden, dass die FDP der Versuchung widerstanden hat, sich marktschreierisch an Zeitgeistphänomene anzubiedern und sich in bewährter Tradition einer Staatsräson verpflichtet sieht, der sich im Zweifelsfalle parteieigene Interessenkalküle unterordnen. Eine Partei, die sich unter schwierigen Umständen so unaufgeregter selbst treu geblieben ist, mag für den einen oder anderen Wähler als Zeichen politischer Authentizität, Glaubwürdigkeit und Entschlossenheit gewertet und bei der anstehenden Bundestagswahl mit Stimmen honoriert werden.

Sollte im 19. Deutschen Bundestag wieder eine FDP-Fraktion zusammenkommen, wofür momentan Einiges spricht, kann schon bald eine für sie riskante Richtungsentscheidung anstehen. Lindner hat seine Partei so aufgestellt, dass sie koalitionspolitisch im Prinzip über ausreichend große Schnittmengen sowohl zu CDU/CSU als auch zur SPD verfügt,¹⁶ wenngleich sich die Anhänger der FDP aktuell zu 59 Prozent dafür aussprechen, dass die Unionsparteien „die nächste Bundesregierung führen“.¹⁷ Im Falle eines Regierungseintritts wäre eine „lagerübergreifende“¹⁸ Dreierkoalition denkbar. Damit wäre von vornherein absehbar, dass sich die gouvernementale Durchsetzung eigener Positionen äußerst schwierig gestalten würde. Mit Geschick könnte sie in einer derartigen Konstellation jedoch als Zünglein an der Waage fungieren. Schließlich bietet die momentane Haushaltslage eine hervorragende Gelegenheit für Steuerensenkungen und den Abbau von Schulden. Will sich die FDP nach dem Wiedereinzug in den Bundestag weiter regenerieren, muss sie verhindern, dass sich die Vorgänge wie nach ihrem triumphalen Bundestagswahlergebnis 2009 wiederholen. Hans Vorländer beschrieb diese so: „Die Partei büßte erst ihre Identität ein, dann ihre Selbstachtung und schließlich ihre Wähler.“¹⁹ Die FDP wird diesen Fehler nicht wiederholen. Weder in der Opposition noch in der Regierung wird sie wohl ein einfacher Partner sein.

1| *Siehe Höhne 2017.*

2| *Vgl. Decker/Küppers 2015; Walter-Rogg 2013.*

3| *Vorländer 2013b: 389.*

4| *Jun 2015: 130.*

5| *Walter 1995: 120.*

6| *Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte die sächsische FDP 71.259 Zweitstimmen und damit 3,1 Prozent (siehe Der Bundeswahlleiter 2013: 15), bei der sächsischen Landtagswahl 2014 66.330 Listenstimmen und damit 4,1 Prozent (vgl. Jesse 2015: 9).*

7| *Seit der niedersächsischen Landtagswahl 2013 konnte die Partei keine Erfolge mehr verbuchen. Bei jener Wahl hatte die FDP – entgegen demoskopischer Prognosen – vor allem aufgrund der ‚Leihstimmen‘ von Unionswählern mit 9,7 Prozent deutlich den Einzug in den Landtag geschafft (für eine detaillierte Analyse siehe Faas/Huber 2015).*

8| *Siehe Kröber 2016.*

9| *Siehe Treibel 2014: 90.*

- 10| *Dieses Problem wird durchaus auch parteiintern wahrgenommen, wie Frank Sitta, Spitzenkandidat der FDP Sachsen-Anhalt berichtet: „Wir haben die Herausforderung ja tatsächlich auch auf Bundesebene, dass wir jetzt ganz viele erfolgreiche Leute aus der Landesebene rausziehen, die dann in den Bund gehen. Zukünftig müssen wir dann schauen: Was passiert in den Ländern?“ (IParl-Experteninterview bei der Landeslistenaufstellung der FDP Sachsen-Anhalt mit Frank Sitta, geführt am 09.04.2017 in Lutherstadt Wittenberg).*
- 11| *Siehe Montag 2016: 4.*
- 12| *Vgl. Patton 2015: 189.*
- 13| *Schubert 2013: 107, Einfügung i.O.*
- 14| *Vgl. Niedermayer 2015b; Niedermayer 2014b; Warwick 2013.*
- 15| *Siehe Niedermayer 2015b: 131.*
- 16| *Vgl. dazu auch Vorländer 2013b.*
- 17| *Eine SPD-geführte Bundesregierung wünschen sich dagegen nur 23 Prozent der FDP-Anhänger, siehe: ARD-DeutschlandTREND Februar 2017, S. 6.*
- 18| *Jesse 2013: 341.*
- 19| *Vorländer 2013b: 400.*

QUELLEN

Wissenschaftliche Publikationen

- *Alemann, Ulrich von/Spier, Tim (2009): Die deutschen Parteien unter veränderten Rahmenbedingungen, in: Andersen, Uwe (Hrsg.): Parteien – Parteiensystem – Parteienforschung. Politische Bildung, Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis, Schwalbach/Ts., S. 32-49.*
- *Becker, Manuel (2013): Koalitionen als politisches „Projekt“? Die rot-grüne und die schwarz-gelbe Bundesregierung, in: Decker, Frank/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, S. 139-157.*
- *Bieber, Ina/Roßteutscher, Sigrid (2014): Dominante Union und taumelnde FDP: Zur Ausgangslage der Bundestagswahl 2013, in: Schmitt-Beck, Rüdiger/Rattinger, Hans/Roßteutscher, Sigrid/Weßels, Bernhard/Wolf, Christof (Hrsg.): Zwischen Fragmentierung und Konzentration: Die Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, S. 19-34.*
- *Brettschneider, Frank (2002): Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung, Kompetenz, Parteien. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden.*
- *Butzlaff, Felix (2017): Die FDP. Von der honorigen Bürgerpartei zur Partei der Besserverdiener, in: Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden, S. 169-190.*
- *Conze, Eckart/Scholtyseck, Joachim/Weede, Erich (Hrsg.) (2016): Jahrbuch zur Liberalismusforschung. 28. Jahrgang 2016, Baden-Baden.*
- *Däubler, Thomas (2017): Das Einstimmen-Mischwahlsystem bei baden-württembergischen Landtagswahlen: Wie fehlende Listen zur ungleichen deskriptiven Repräsentation von Stadt und Land in den Fraktionen beitragen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 48. Jg., H. 1, S. 141-156.*
- *Decker, Frank (2015a): Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zur Theorie und Empirie, Baden-Baden.*

- *Decker, Frank (2015b): Zur Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems vor und nach der Bundestagswahl 2013: Überwindung der koalitionspolitischen Segmentierung, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden, S. 143-163.*
- *Decker, Frank/Küppers, Anne (2015): Mehr Basisdemokratie wagen? Organisationsreformen der deutschen Mitgliederparteien im Vergleich, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, 13. Jg., H. 3, S. 397-419.*
- *Dittberner, Jürgen (2010): Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung, Wiesbaden.*
- *Eith, Ulrich/Schlipphak, Bernd (2007): Zwischen Protestanten, Weinbauern und Sozialliberalen: Die FDP in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, in: Schmid, Josef/Zolleis, Udo (Hrsg.): Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Münster u.a., S. 116-135.*
- *Faas, Thorsten/Huber, Sascha: (2015): Haben die Demoskopen die FDP aus dem Bundestag vertrieben? Ergebnisse einer experimentellen Studie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg., H. 4, S. 746-759.*
- *Feldkamp, Michael F. (2011): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Baden-Baden.*
- *Feldkamp, Michael F. (2014): Deutscher Bundestag 1994 bis 2014: Parlaments- und Wahlstatistik für die 13. bis 18. Wahlperiode, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45. Jg., H. 1, S. 3-16.*
- *Franzmann, Simon T. (2012): Die liberale Parteienfamilie, in: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin: Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Opladen/Berlin/Toronto, S. 155-184.*
- *Grothe, Ewald/Frölich, Jürgen/Kieseritzky, Wolther von (2016): Liberalismus-Forschung nach 25 Jahren. Bilanz und Perspektiven, Baden-Baden.*
- *Gschwend, Thomas/Zittel, Thomas (2015): Do constituency candidates matter in German Federal Elections? The personal vote as an interactive process, in: Electoral Studies, 39. Jg., S. 338-349.*

- *Hallermann, Andreas (2003): Partizipation in politischen Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen, Baden-Baden.*
- *Höhne, Benjamin (2017): Wie stellen Parteien ihre Parlamentsbewerber auf? Das Personalmanagement vor der Bundestagswahl 2017, in: Koschmieder, Carsten (Hrsg.): Parteien, Parteiensysteme und politische Orientierungen. Aktuelle Beiträge aus der Parteienforschung, Wiesbaden, S. 227-253.*
- *Höhne, Benjamin (2015): Demokratie braucht Engagement. Gesellschaftliche und politische Beteiligung in und außerhalb von Parteien aus Sicht von Mitgliedern und Nichtmitgliedern, Konrad-Adenauer-Stiftung, Forum Empirische Sozialforschung, Sankt Augustin/Berlin.*
- *Höhne, Benjamin (2013): Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Organisation, Akteure und Entscheidungen in Parteien, Opladen/Berlin/Toronto.*
- *Höhne, Benjamin/Cronqvist, Lasse (2010): FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Divergierende Ausgangsbedingungen, Entwicklungs- und Durchsetzungschancen im Landesparteienwettbewerb, in: Sarcinelli, Ulrich/Falter, Jürgen W./Mielke, Gerd/Benzner, Bodo (Hrsg.): Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie, Wiesbaden, S. 164-181.*
- *Holtmann, Everhard/Vökl, Kerstin (2016): Die sachsen-anhaltinische Landtagswahl vom 13.03.2016: Eingetrübte Grundstimmung, umgeschichtete Machtverhältnisse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 47. Jg., H. 3, S. 541-560.*
- *Holtmann, Everhard (2006): Landespolitik in Sachsen-Anhalt. Ein Handbuch, Magdeburg.*
- *Holtz-Bacha, Christina (2001): Negative Campaigning: in Deutschland negativ aufgenommen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 32. Jg, H. 3, S. 669-677.*
- *Horst, Patrick (2015): Die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 15. Februar 2015. Rot-Grün für Olympia und für die Referendumsfestigkeit der hanseatischen Feierabenddemokratie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg., H. 3, S. 518-538.*

- *Horst, Patrick (2011a): Das neue Hamburger Wahlrecht auf dem Prüfstand: kontraproduktiv, aber schwer reformierbar, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 42. Jg., H. 4, S. 707-724.*
- *Horst, Patrick (2011b): Die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft vom 20. Februar 2011, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 42. Jg., H. 4, S. 724-744.*
- *Illing, Falk (2015): Die sächsische FDP seit 1990. Auf dem Weg zur etablierten Partei?, Wiesbaden.*
- *Jesse, Eckhard (2015): Die sächsische Landtagswahl vom 31. August 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg., H. 1, S. 3-20.*
- *Jesse, Eckhard (2013): Schwarz-Gelb – Vergangenheit und Gegenwart, aber Zukunft?, in: Decker, Frank/ders. (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, S. 323-347.*
- *Jun, Uwe (2015): Der elektorale Verlierer der Regierung Merkel II: Gründe für den Absturz der FDP, in: Zohlnhöfer, Reimut/Saalfeld, Thomas (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013, Wiesbaden, S. 113-135.*
- *Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.) (2008): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden.*
- *Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (2007): Erfolgreiche Personalisierung und missglückte Themenorientierung: Die SPD-Wahlkämpfe in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, in: Schmid, Josef/Zolleis, Udo (Hrsg.): Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Münster u.a., S. 88-115.*
- *Kaase, Max (1994): Is There Personalization in Politics? Candidates and Voting Behavior in Germany, in: International Political Science Review, 15. Jg., H. 3, S. 211-230.*
- *Manow, Philip/Flemming, Peter (2012): Der Kandidat/die Kandidatin – das gar nicht mehr so unbekannte Wesen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 43. Jg., H. 4, S. 766-784.*

- *Niclaub, Karlheinz (2015): Angela Merkel und die Koalition der CDU/CSU mit der FDP (2009 2013), in: ders. (Hrsg.): Kanzlerdemokratie. Regierungsführung von Konrad Adenauer bis Angela Merkel, Wiesbaden, S. 363-402.*
- *Niedermayer, Oskar (2016): Parteimitgliedschaften im Jahre 2015, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 47. Jg., H. 2, S. 411-436.*
- *Niedermayer, Oskar (2015a): Halbzeit: Die Entwicklung des Parteiensystems nach der Bundestagswahl 2013, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg., H. 4, S. 830-851.*
- *Niedermayer, Oskar (2015b): Von der dritten Kraft zur marginalen Partei: Die FDP von 2009 bis nach der Bundestagswahl 2013, in: ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, S. 103-134.*
- *Niedermayer, Oskar (2015c): Die brandenburgische Landtagswahl vom 14. September 2014. Die Linke wird abgestraft, bleibt aber Regierungspartei, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg., H. 1, S. 21-38.*
- *Niedermayer, Oskar (2014a): Immer noch eine „nationale Nebenwahl“? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45. Jg., H. 3, S. 523-546.*
- *Niedermayer, Oskar (2014b): Der Niedergang der FDP, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande, 46. Jg., S. 201-213.*
- *Oppelland, Torsten (2015): Die thüringische Landtagswahl vom 14. September 2014. Startschuss zum Experiment einer rot-rot-grünen Koalition unter linker Führung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg., H. 1, S. 39-56.*
- *Patton, David F. (2015): The Prospects of the FDP in Comparative Perspective: Rest in Peace or Totgesagte leben länger?, in: German Politics, 24. Jg., H. 2, S. 179-194.*
- *Probst, Lothar (2015): Die Bürgerschaftswahl in Bremen vom 10. Mai 2015. SPD und Grüne Verlierer der Wahl, aber Mehrheit knapp behauptet, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 46. Jg., H. 3, S. 539-560.*

- *Reiser, Marion (2014): The universe of group representation in Germany. Analysing formal and informal party rules and quotas in the process of candidate selection, in: International Political Science Review, 35. Jg., H. 1, S. 55-66.*
- *Roberts, Geoffrey (1988): The German Federal Republic: the two-lane route to Bonn, in: Gallagher, Michael/Marsh, Michael (Hrsg.): Candidate selection in comparative perspective. The secret garden of politics, London, S. 94-118.*
- *Schubert, Thomas (2013): Vorstufe der Koalitionsbildung oder strategisch-taktische Wahlkampfinstrumente? Koalitionsaussagen vor Bundestagswahlen, in: Decker, Frank/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, S. 97-113.*
- *Spier, Tim/Alemann, Ulrich von (2015): In ruhigerem Fahrwasser, aber ohne Land in Sicht? Die SPD nach der Bundestagswahl 2013, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, S. 49-69.*
- *Theis, Carmen (2007): Die lokale Basis der FDP. Ihre Bedeutung für die Gesamtpartei, Oldenburg.*
- *Treibel, Jan (2014): Die FDP. Prozesse innerparteilicher Führung 2000-2012, Baden-Baden.*
- *Treibel, Jan (2012): Die FDP: Entscheidungsprozesse zwischen hierarchischer Führung, Konsenssuche und Mehrheitsentscheidungen in: Korte, Karl-Rudolf/ders. (Hrsg.): Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland, Reihe: Sonderhefte Zeitschrift für Politikwissenschaft, Bd. 2, Baden-Baden, S. 155-188.*
- *Vetter, Angelika/Gabriel, Oscar W. (1998): Candidate Evaluations and Party Choice in Germany 1972-1994. Do Candidates matter?, in: Anderson, Christopher J./Zelle, Carsten (Hrsg.): Stability and change in German elections. How electorates merge, converge, or collide, Westport, S. 71-98.*
- *Vorländer, Hans (2014): Das bundespolitische Ende der FDP? Personal, Organisation, Programmatik, Koalitionsstrategien, Wahlergebnis, in: Jesse, Eckhard/Sturm, Roland (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2013, Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden, S. 277-294.*

- *Vorländer, Hans (2013a): Die Freie Demokratische Partei (FDP), in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden, S. 497-507.*
- *Vorländer, Hans (2013b): Welche Koalition sichert das Überleben? Bündnisaussichten der FDP, in: Decker, Frank/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, S. 389-404.*
- *Vorländer, Hans (2011): Als Phönix zurück in die Asche? Die FDP nach der Bundestagswahl 2009, in: ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden, S. 107-129.*
- *Vorländer, Hans (2007): Freie Demokratische Partei (FDP), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden, S. 276-288.*
- *Walter, Franz (2005): Die Integration der Individualisten. Parteivorsitzende in der FDP, in: Forkmann, Daniela/Schlieben, Michael (Hrsg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005, Wiesbaden, S. 119-168.*
- *Walter-Rogg, Melanie (2013): Parteireformen und ihre Wirkung auf die Mitgliederentwicklung, in: Alemann, Ulrich von/Morlok, Martin/Tim Spier (Hrsg.): Parteien ohne Mitglieder?, Baden-Baden, S. 247-271.*
- *Warwick, Paul V. (2013): Koalitionsbildung unter Wahrung der Markkerne? Die These der politischen Horizonte, in: Decker, Frank/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden, S. 57-74.*
- *Weimann, Philipp (2014): Führt das Wahlrecht zur „Aufblähung“ des Bundestages? Simulationsrechnungen auf Basis des neuen Bundeswahlgesetzes, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 45. Jg., H. 4, S. 719-741.*
- *Wiesendahl, Elmar (2006): Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden.*
- *Winkler, Jürgen R. (2012): Die saarländische Landtagswahl vom 25. März 2012. Von Jamaika zur Großen Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 43. Jg., H. 3, S. 507-524.*

- *Winkler, Jürgen R. (2008): Das Parteiensystem des Saarlandes, in: ders. (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 369-386.*

Presseartikel

- *Balasko, Sascha (2014): Sylvia Canel tritt aus FDP aus und will neue Partei gründen, in: Hamburger Abendblatt. Online verfügbar unter <http://www.abendblatt.de/hamburg/article131816868/Sylvia-Canel-tritt-aus-FDP-aus-und-will-neue-Partei-gruenden.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Bender, Justus (2017): Im Hinterkopf der Provokateure. Wie die AfD laut einem vertraulichen Papier mit Tabubrüchen und einfachen Antworten bestimmte Zielgruppen ansprechen will, in: F.A.Z., 25.01.2017, S. 2.*
- *Berliner Kurier (2017): Gedenken an Genscher, in: Berliner Kurier, 13.03.2017, H. 71, S. 5.*
- *Berliner Zeitung (2016): „Keep calm“. Berliner FDP macht mit Brexit Wahlkampf in London, in: Berliner Zeitung, <http://www.berliner-zeitung.de/berlin/-keep-calm--berliner-fdp-macht-mit-brexit-wahlkampf-in-london-24347126>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Caspari, Lisa (2016): Quietschbunt und hoffnungsfroh, in: Zeit Online, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/fdp-berlin-christian-lindner-wahlkampf>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Cassidy, Alan (2015): Junge Frauen und bunte Sprüche, in: F.A.Z., <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/fdp-im-aufwind-mit-katja-suding-und-lencke-steiner-13588980.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Der Spiegel (2015): „Vor nichts mehr Angst“, in: Der Spiegel, H. 2/2015, S. 24-26.*
- *Der Tagesspiegel (2017): Schnell auf die Straße. Die Berliner FDP wählt streitfrei ihre Bundestagskandidaten und findet sich gut, in: Der Tagesspiegel, 12.03.2017, H. 23054, S. 12.*

- *Exner, Maria (2011): Purpur für alle. Die SPD hat umdekoriert! Mit ihrer neuen Farbkombi liegt sie im Trend der Herbstkollektionen. Wer nachschlägt, entdeckt sogar das politische Statement, in: Zeit Online, <http://www.zeit.de/lebensart/2011-12/purpur-glosse>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Frankfurter Neue Presse (2017): Nicola Beer führt FDP-Wahlliste an, in: Frankfurter Neue Presse. Regionalausgabe Rüsselsheimer Echo, S. 1.*
- *Gala (2015): Drei Engel für Lindner, in: Gala vom 05.02.2015, S. 32-36.*
- *Gasser, Florian (2015): Was heißt hier liberal?, in: Zeit Online, <http://www.zeit.de/2015/27/liberale-christian-lindner-matthias-stroolz-fdp-neos>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Georgi, Oliver/Holl, Thomas (2012): Raus mit den Narren, in: F.A.Z. vom 09.01.2012, S. 3.*
- *Greive, Martin/Jungholt, Thorsten (2016): Dieser Mann will Julia Klöckner den Haushalt machen, in: Welt.de, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article152396277/Dieser-Mann-will-Julia-Kloeckner-den-Haushalt-machen.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Gutschker, Thomas (2014): Marke Lambsdorff, in: F.A.Z., <http://www.faz.net/aktuell/politik/europawahl/fdp-im-europawahlkampf-alexander-graf-lambsdorff-12911397.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Haufe, Kay (2016): Zastrow nur noch zweite Wahl, in: Sächsische Zeitung, 14.11.2016, S. 6.*
- *Heimbach, Tobias (2016): Diese Französin soll die FDP wiederbeleben, in: Welt.de, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article157904553/Diese-Franzoesin-soll-die-FDP-wiederbeleben.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Huber, Til (2016): FDP-Spitzenkandidatur: Mit Daniel Föst „namenlos“ in die Schicksalswahl, in: Merkur, <https://www.merkur.de/politik/fdp-spitzenkandidatur-daniel-foest-namenlos-schicksalswahl-6813566.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*

- *Jaeger, Mona (2017): Fälschen reicht nicht. Würde in der Berlin-CDU bei Umfragen getrickst?, in: F.A.Z., 15.03.2017, S. 4.*
- *Kelnberg, Josef (2015): Neue Klarheit, alte Werte, in: Süddeutsche Zeitung, <http://www.sueddeutsche.de/politik/fdp-dreikoenigstreffen-neue-klarheit-alte-werte-1.2292222>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Keilholz, Christine (2017): Torsten Herbst neuer Spitzenmann der Sachsen-FDP, in: Lausitzer Rundschau, <http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Torsten-Herbst-neuer-Spitzenmann-der-Sachsen-FDP;art1047,5867645>, zuletzt geprüft am 02.03.2017.*
- *MDR Thüringen (2017): Nach Kurth will nun auch Kemmerich FDP-Spitzenkandidat werden, in: MDR Thüringen, <http://www.mdr.de/thueringen/neujahrsempfang-fdp-jena-100.html>, zuletzt geprüft am 01.03.2017.*
- *Nordwest-Zeitung (2017): FDP setzt auf neue Kandidaten, in: Nordwest-Zeitung, 03.04.2017, S. 42.*
- *rbb 24 (2016): Linda Teuteberg ist FDP-Spitzenkandidatin für 2017, in: rbb 24, <http://www.rbb-online.de/politik/beitrag/2016/11/linda-teuteberg-fdp-bundestagswahl-2017.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Reichenbachs, Gunars (2016): FDP sortiert Führungsriege für nächste Wahlen, in: NWZ online, https://www.nwzonline.de/politik/niedersachsenfdp-sortiert-fuehrungsriege-fuer-naechstewahle_a_31,1,2719691083.html, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Schwerin lokal (2017): Cécile Bonnet-Weidhofer tritt für FDP als Direktkandidatin an, in: Schwerin lokal, <http://www.schwerin-lokal.de/cecile-bonnet-weidhofer-tritt-fuer-fdp-als-direktkandidatin-an/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Sturm, Daniel F./Krigeli, Kristian (2017): Euro-Rebell Schäffler begeistert die FDP-Basis, in: Welt.de, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article13671812/Euro-Rebell-Schaeffler-begeistert-die-FDP-Basis.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*

- *SWR (2016): Ampel-Bündnis einstimmig für Malu Dreyer, in: SWR, [http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/ministerpraesidentin-vom-mainzer-landtag-wiedergewaeholt-ampel-buendnis-einstimmig-fuer-malu-dreyer/-/id=1682/did=17447460/nid=1682/qvqtvh/](http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/ministerpraesidentin-vom-mainzer-landtag-wiedergewaeahlt-ampel-buendnis-einstimmig-fuer-malu-dreyer/-/id=1682/did=17447460/nid=1682/qvqtvh/), zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Theiner, Jürgen (2016): Steiner will in den Bundestag, in: Weser Kurier, http://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadtreport_artikel,-Steiner-will-in-den-Bundestag-_arid,1491203.html#nfy-reload, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Thieser, Michael (2016): Luksic als Spitzenkandidat nominiert, in: SR.de, http://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/FDP_Landesliste_Luksic100.html, zuletzt geprüft am 05.04.2017.*
- *Volksstimme (2016): Frank Sitta kündigt Spitzenkandidatur an, in: Volksstimme, <http://www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/20160417/bundestagswahl-frank-sitta-kuendigt-spitzenkandidatur-an>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Welt.de (2017a): Thomas Kemmerich führt FDP-Kandidatenliste an, in: Welt.de, <https://www.welt.de/regionales/thueringen/article162961672/Thomas-Kemmerich-fuehrt-FDP-Kandidatenliste-an.html>, zuletzt geprüft am 10.04.2017.*
- *Welt.de (2017b): FDP setzt für das Wahljahr 2017 auf Christian Lindner, in: Welt.de, https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article159616050/FDP-setzt-fuer-Wahljahr-2017-auf-Christian-Lindner.html, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Welt.de (2016): Beer Spitzenkandidatin für Bundestagswahl 2017, in: Welt.de, <https://www.welt.de/regionales/hessen/article158647520/Beer-Spitzenkandidatin-fuer-Bundestagswahl-2017.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *Welt.de (2014): Die Jungliberalen ziehen jetzt in APO-Manier blank, in: Welt.de, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article124166371/Die-Jungliberalen-ziehen-jetzt-in-APO-Manier-blank.html>, zuletzt geprüft am 28.02.2017.*
- *Widmann, Marc (2015): Die Magenta-Offensive, in: Zeit Online, <http://www.zeit.de/2015/07/fdp-hamburg-wahlkampf>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*

- Zawatka-Gerlach, Ulrich (2017): *Nach der Wahl ist vor der Wahl*, in: *Der Tagesspiegel*, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-politiker-im-bundestagswahlkampf-nach-der-wahl-ist-vor-der-wahl/19205678.html>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.

Parteienmonitore und Wahlanalysen der Konrad-Adenauer-Stiftung

- Montag, Tobias (2016): *„Niemals wieder Funktionspartei“*. Der 67. Ordentliche Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. bis 24. April 2016, in: *Parteienmonitor aktuell*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.
- Montag, Tobias (2015a): *Organisiert aus der Krise*. Der 66. Ordentliche Bundesparteitag der FDP, Berlin, 15. bis 17. Mai 2015, in: *Parteienmonitor aktuell*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.
- Montag, Tobias (2015b): *„Hamburg gibt die Richtung vor“? Die FDP nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015*, in: *Parteienmonitor aktuell*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.
- Montag, Tobias (2014): *Der 65. Ordentliche Bundesparteitag der FDP, Dresden, 10. bis 11. Mai 2014*, in: *Parteienmonitor aktuell*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.
- Montag, Tobias (2013): *Außerordentlicher Bundesparteitag der FDP, Berlin, 7. bis 8. Dezember 2013*, in: *Parteienmonitor aktuell*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.
- Neu, Viola (2017a): *Landtagswahl im Saarland am 26. März 2017*, in: *Wahlanalysen*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.
- Neu, Viola (2017b): *Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 7. Mai 2017*, in: *Wahlanalysen*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.
- Neu, Viola (2017c): *Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017*, in: *Wahlanalysen*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.

- *Neu, Viola (2012): Landtagswahl im Saarland am 25. März 2012, in: Wahlanalysen, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hauptabteilung Politik und Beratung, Berlin.*

Beobachtungsprotokolle und Experteninterviews

- *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Baden-Württemberg, 19.11.2016, Donaueschingen, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Bayern, 25./26.03.2017, Bad Neustadt an der Saale, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Hamburg, 18.11.2016, Hamburg, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Mecklenburg-Vorpommern, 01.04.2017, Rostock, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Niedersachsen, 25.03.2017, Gaderkese, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Nordrhein-Westfalen, 20.11.2016, Neuss, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Rheinland-Pfalz, 12.11.2016, Nackenheim, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*

- *IParl-Experteninterview bei der Landeslistenaufstellung der FDP Bayern mit Daniel Föst, geführt am 25.03.2017 in Bad Neustadt an der Saale, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- *IParl-Experteninterview bei der Landeslistenaufstellung der FDP Mecklenburg-Vorpommern mit Hagen Reinhold, geführt am 01.04.2017 in Rostock, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- *IParl-Experteninterview bei der Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Nordrhein-Westfalen mit Johannes Vogel, geführt am 20.11.2016 in Neuss, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*
- *IParl-Beobachtungsprotokoll zur Landeslisten-Aufstellungsversammlung der FDP Sachsen-Anhalt, 09.04.2017, Lutherstadt Wittenberg, IParl-Forschungsprojekt zur Bundestags-Kandidatenaufstellung 2016/17, Halle/Saale.*

Programme, Beschlüsse, Rechenschaftsberichte und sonstige interne Papiere

- *Beschluss des Bundesvorstandes der FDP, Karlsruhe, 20. April 2012: Bürgerpartei FDP – Arbeitsgruppe zu Parteientwicklung.*
- *Beschluss des Bundesvorstandes der FDP, 16. Februar 2015: Deutschland braucht eine neue Gründerkultur.*
- *Beschluss des Bundesvorstandes der FDP, 15. Juni 2016: Ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt voranbringen.*
- *Beschluss des Bundesvorstandes der FDP, 15. Juni 2016: Impuls für eine neue Gründerzeit.*
- *Beschluss des 66. Ordentlichen Bundesparteitags der FDP, Berlin, 16. Mai 2015: Mehr Chancen durch mehr Freiheit: Projekte für eine Republik der Chancen.*
- *Beschluss des 67. Ordentlichen Bundesparteitags der FDP, Berlin, 23. bis 24. April 2016: Chancen der digitalen Gesellschaft.*

- *Bundessatzung der Freien Demokratischen Partei, Fassung vom 23. April 2016.*
- *Buschmann, Marco (o.J.): Der Turnaround der FDP: Auch eine Frage der Markenpositionierung, o.O.*
- *Die Zukunftsstrategie der Freien Demokratischen Partei. Interne Präsentation.*
- *Freie Demokratische Partei (FDP): Rechenschaftsbericht für das Jahr 2014 gemäß §§ 23 ff. Parteiengesetz (PartG).*
- *Grundsatzprogramm „Verantwortung für die Freiheit – Karlsruher Freiheitsthese für eine offene Bürgergesellschaft“, verabschiedet auf dem 63. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP am 21. und 22. April 2012 in Karlsruhe.*
- *Kröber, Fabienne (2016): Ein erfolgreiches Wahljahr für die Freien Demokraten, in: fdplus, H. 4: 14–15.*
- *Leitbild der Freien Demokraten: „Mehr Chancen durch mehr Freiheit: Projekte für eine Republik der Chancen“, Beschluss des 66. Ordentlichen Bundesparteitages der FDP, Berlin, 16. Mai 2015.*
- *Programm der Freien Demokratischen Partei zur Bundestagswahl 2013: „Bürgerprogramm 2013. Damit Deutschland stark bleibt“, beschlossen auf dem Bundesparteitag vom 4. bis 5. Mai 2013 in Nürnberg.*
- *Programm der Freien Demokratischen Partei für die Wahl zum VIII. Europäischen Parlament 2014, Beschluss des Europaparteitages der FDP, Bonn, 19. Januar 2014.*
- *Programmwurf der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: „Schauen wir nicht länger zu“, Beschluss auf dem Bundesparteitag vom 28. bis 30. April 2017 in Berlin.*

Wahl- und Demoskopie-Daten

- *ARD-DeutschlandTREND Februar 2017. Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT. infratest dimap, Berlin.*
- *Der Bundeswahlleiter (Hrsg.) (2013): Wahl zum 18. Deutschen Bundestag am 22. September 2013. Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, Wiesbaden.*
- *Der Bundeswahlleiter (Hrsg.) (2014): Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 25. Mai 2014. Heft 3: Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen, Wiesbaden.*
- *https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/Durchschnittsalter_Zensus.html;jsessionid=65CF28A2996D7DF50CCA0DEA05C7775B.cae1, zuletzt geprüft am 28.02.2017.*
- *http://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Politbarometer/#_, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/februar/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *<http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2014/mai/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/analyse-wanderung.shtml>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/waehler-nachaltersgruppen.shtml>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-05-25-EP-DE/waehler-nachtaetigkeit.shtml>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*
- *<http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.*

- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/analyse-wanderung.shtml#14_Wanderung_FDP, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-BB/analyse-wanderung.shtml#14_Wanderung_FDP, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2014/august/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2014/september/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-09-14-LT-DE-TH/umfrage-kandidat.shtml>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2015/februar/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/charts/umfrage-fdp/chart_3633616.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/umfrage-fdp/chart_3555775.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/umfrage-fdp/chart_3555771.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/charts/umfrage-fdp/chart_3633612.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/charts/umfrage-fdp/chart_3633622.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/umfrage-fdp/chart_3555781.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/umfrage-fdp/chart_3555783.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/charts/analyse-wanderung/chart_3636163.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.

- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/analyse-wanderung/chart_3555669.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2011-05-22-LT-DE-HB/analyse-wanderung.shtml#15_Wanderung_FDP, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/charts/umfrage-fdp/chart_3633612.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-02-15-LT-DE-HH/charts/umfrage-fdp/chart_3555779.shtml), zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/analyse-wanderung.shtml#14_Wanderung_FDP, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/analyse-wanderung/chart_8888569.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2011-03-27-LT-DE-BW/analyse-wanderung.shtml#14_Wanderung_FDP, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/analyse-wanderung/chart_8888569.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/charts/umfrage-alter/chart_8885043.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/umfrage-fdp/chart_8896636.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/charts/umfrage-fdp/chart_8895302.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-RP/charts/umfrage-fdp/chart_8895294.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/umfrage-fdp/chart_8896630.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.

- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/charts/umfrage-fdp/chart_8896626.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/analyse-wanderung/chart_8891262.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-aktuellethemen/chart_8891100.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-fdp/chart_8870282.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-kandidat/chart_8860922.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-fdp/chart_8870280.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-fdp/chart_8870278.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-ST/charts/umfrage-fdp/chart_8870276.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/umfrage-job/chart_8990994.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/umfrage-alter/chart_8990886.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/analyse-wanderung/chart_8990799.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/umfrage-fdp/chart_8991331.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-09-18-LT-DE-BE/charts/umfrage-fdp/chart_8991333.shtml, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/charts/umfrage-kandidat/chart_24575.shtml, zuletzt geprüft am 06.04.2017.

- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/charts/umfrage-alter/chart_24219.shtml, zuletzt geprüft am 06.04.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-03-26-LT-DE-SL/charts/umfrage-job/chart_24233.shtml, zuletzt geprüft am 06.04.2017.
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-07-LT-DE-SH/charts/umfrage-kandidat/chart_38879.shtml, zuletzt geprüft am 10.05.2017
- http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-05-07-LT-DE-SH/charts/umfrage-wahlentscheidend/chart_45822.shtml, zuletzt geprüft am 10.05.2017.
- <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/saarland.htm>, zuletzt geprüft am 05.04.2017.
- <http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm>, zuletzt geprüft am 10.04.2017.

Internetquellen der FDP und ihrer Kandidaten

- <http://www.katjasuding.de/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- <http://frank-sitta.de/vita/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- <https://fdp-berlin.de/wahl-2016/kampagne/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.
- <https://fdp-berlin.de/chemieunterricht-darf-nicht-erst-nach-24-uhr-stattfinden-mehr-lehrer-fuer-berlins-schulen/>, zuletzt geprüft am 23.02.2017.

ABKÜRZUNGEN

AfD	Alternative für Deutschland
AG	Arbeitsgemeinschaft
AGE	Auslandsgruppe Europa
APO	Außerparlamentarische Opposition
BTW	Bundestagswahl
BüWG	Gesetz über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union
ca.	circa
ebd.	ebenda
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
e.V.	Eingetragener Verein
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP LV Net	FDP Internet-Landesverband
IParl	Institut für Parlamentarismusforschung
IT	Informationstechnologie

Jg.	Jahrgang
JuLis	Junge Liberale e.V.
LHG	Liberale Hochschulgruppe
LiM	Liberaler Mittelstand e.V. – Bundesvereinigung
LiS	Bundesvereinigung Liberale Senioren e.V.
LTW	Landtagswahl
LWG	Landeswahlgesetz
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdBB	Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdHB	Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft
NRW	Nordrhein-Westfalen
PR	Public Relations
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
u.a.	unter anderem
vgl.	vergleiche
VLK	Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker

DIE AUTOREN

Dr. Benjamin Höhne ist Stellvertretender Leiter des Instituts für Parlamentarismusforschung (IParl) in Halle/Saale. An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg lehrt er Politikwissenschaft, unter anderem im Master-Programm „Parlamentsfragen und Zivilgesellschaft“.

Daniel Hellmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Parlamentarismusforschung (IParl) in Halle/Saale. Zugleich ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Tobias Montag
Koordinator Innenpolitik
Team Innenpolitik
Hauptabteilung Politik und Beratung
Tel.: +49 (0)30 26996-3377
E-Mail: tobias.montag@kas.de*

*Postanschrift:
Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*



Konrad
Adenauer
Stiftung



www.kas.de